

# Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 169–184 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

25. März 1919

## Verbände der Arbeitgeber und der angestellten Chemiker in der chemischen Industrie.

Dem Vorstand unseres Vereins sind die beiden nachfolgenden Schriftstücke, die die Neugründung von Verbänden, einerseits der Arbeitgeber andererseits der angestellten Chemiker, behandeln, zur Veröffentlichung zugegangen. Der Vorstand hat sich mit den angeschnittenen Fragen bereits eingehend befaßt, und der Vorsitzende hat die an dritter Stelle abgedruckte Mitteilung an die Vorstände der Abteilungen ergehen lassen. Der Vorstandsrat des Vereins deutscher Chemiker wird somit in kürzester Frist Gelegenheit haben, zu den aus den Neugründungen sich ergebenden wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

*Geschäftsstelle des Vereins deutscher Chemiker e. V.*

### I. Gesamtarbeitgeberverband der chemischen Industrie.

Vor kurzem ist in Berlin die Gründung des Gesamtarbeitgeberverbandes der chemischen Industrie vollzogen worden. Die Frage, ob eine die gesamte deutsche chemische Industrie umfassende Vereinigung der Unternehmer zur gemeinsamen Wahrnehmung der aus ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber sich ergebenden Interessen wünschenswert oder notwendig sei, hat die beteiligten Kreise seit Jahren mehrfach beschäftigt, bisher ist sie indessen immer noch im verneinenden Sinne entschieden worden, da man diejenigen Verbände, die die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der chemischen Industrie sich zur Aufgabe gemacht hatten, auch als die berufenen Vertreter der sozialpolitischen Interessen ihrer Mitglieder anzusehen berechtigt war. Unter diesen Umständen waren reine Arbeitgeberverbände innerhalb der chemischen Industrie überhaupt nicht oder ganz vereinzelt ins Leben gerufen worden, sie bestanden in festgefügt Form bisher nur für Groß-Berlin und für Mannheim-Ludwigshafen. Im übrigen hat man sich meist mit dem Anschluß an örtliche oder bezirkliche, gemischtgewerbliche Arbeitgebervertretungen begnügt. Die große Umwälzung aller politischen Verhältnisse hat aber die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und deren künftige Ausgestaltung, namentlich nach Abschluß des Vertrages vom 15./11. 1918 zwischen den maßgebenden deutschen Arbeitgeberverbänden und den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen, so in den Vordergrund getrieben, daß ein enger Zusammenschluß der Arbeitgeber zur gemeinsamen Vertretung ihrer auf diesem Gebiet liegenden Interessen ein unabwiesbares Bedürfnis geworden ist. Das immer mehr von den Arbeitern zur Geltung gebrachte Prinzip der Kollektivität verlangt den restlosen Zusammenschluß aller auf Seiten der Arbeiterschaft wirkenden Kräfte mit Naturnotwendigkeit. Der lückenlos zusammengeschlossenen Arbeitnehmerschaft mußte die lückenlos zusammengeschlossene Arbeiterschaft gegenüberstehen. Daher ist der nunmehr vollzogene Zusammenschluß der Arbeitgeber der chemischen Industrie eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit.

Erkannte man die Notwendigkeit eines solchen lückenlosen Zusammenschlusses an — und dies geschah in den meisten Kreisen unserer Industrie — so trat die Frage auf, nach welchen Gesichtspunkten die Organisation des Unternehmertums in der chemischen Industrie am zweckmäßigsten zu vollziehen sein würde. Für die Entscheidung dieser Frage war die Erkenntnis von Bedeutung, daß die Aufgabe, deren Bearbeitung und Lösung dem vereinigten Unternehmertum obliegen würde, sich scharf in zwei Gruppen scheidet, und zwar in diejenigen Fragen, die die gesamte Industrie gemeinsam betreffen und in solche, bezüglich deren eine Gemeinsamkeit nur innerhalb bestimmter örtlicher oder bezirklicher Grenzen besteht. Demzufolge ergab sich für die äußere Form der Organisation die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Unternehmerschaft in örtliche Gruppen und daneben die Zusammenfassung sämtlicher Einzelgruppen und Unterverbände zu einem Gesamtverband. Den Untergruppen war die Bearbeitung aller derjenigen Aufgaben zuzuweisen, die lediglich einer örtlichen Behandlung zugänglich sind, während dem Gesamtverband die Zusammenfassung und das Zusammenwirken aller Arbeitgeber der deutschen chemischen Industrie zur Herbeiführung größtmöglicher Übereinstimmung in allen Fragen sozialer und sozialpolitischer Natur als Aufgabe zu stellen war. Es lag nahe, für eine solche Gliederung als vorbildlich die Gliederung der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie zu nehmen, für deren Einteilung in Untergruppen sogenannte sektionsähnliche Gesichtspunkte seinerzeit maßgebend

gewesen waren. Die Verwaltung des Trägers der öffentlichen Unfallversicherung für die chemische Industrie zerfällt in 8 Sektionen, und zwar Sektion I, umfassend die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Sektion II, umfassend Schlesien und Posen; Sektion III, umfassend Schleswig-Holstein, Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Hamburg, Bremen, Lübeck und Mecklenburg; Sektion IV, umfassend Rheinland und Westfalen; Sektion V, umfassend die Provinz und den Freistaat Sachsen; Sektion VI, umfassend Baden und Württemberg; Sektion VII, umfassend Hessen-Nassau und Sektion VIII, umfassend den Freistaat Bayern.

Für jede dieser Sektionen ist mit Ausnahme der Provinzen Schlesien und Posen je ein Unterverband ins Leben gerufen, an deren Spitze folgende Herren stehen: Sektion I: Direktor Dr. Lange in Fa. Kunheim & Co.-Oberschöneweide bei Berlin; Sektion III: Kommerzienrat W. de Haen-Hannover (Chem. Fabrik List), Schiffgraben 34; Sektion IVa: Dr. Stange-Cöln, Zeppelinstraße 1–3; Sektion IVb: Kommerzienrat Dr. K. Goldschmidt-Essen; Sektion Va: Albert Dufour-Feronce-Leipzig, Lutherstraße 11 (in Fa. Sachsse & Co.); Sektion Vb: Dr. Otto Seidel (in Fa. Ammoniakwerk Leuna bei Merseburg); Sektion VI: Kommerzienrat Dr. Frank-Mannheim; Sektion VII: Geh. Regierungsrat Dr. von Weinberg-Frankfurt a. M. und Sektion VIII: Kommerzienrat Gautsch-München, Nymphenburgerstraße 3.

An der Spitze des Gesamtverbandes steht Kommerzienrat Dr. Frank in Fa. Vereinigte chemische Fabriken in Mannheim. Die Geschäftsstelle des Gesamtverbandes, der als Syndikus Herr Direktor Dr. Brauer vorsteht, befindet sich in Berlin W. 10, Sigismundstraße 3.

### II. Bund angestellter Chemiker.

Die Bewegung zum Zusammenschluß der Arbeitgeber in der chemischen Industrie Deutschlands hat in den letzten Monaten erhebliche Fortschritte gemacht. Der bereits seit Jahren bestehende Arbeitgeberverband für die chemische Industrie Groß-Berlins hat sich in der ersten Hälfte Dezember 1918 eine straffere Organisation gegeben, im Laufe des Januar entstanden in Cöln und in Magdeburg Bezirksverbände für West- und Mitteldeutschland, Anfang Februar wurde die Gründung des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie Deutschlands unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Frank, Mannheim (Verein Chemischer Fabriken) bekannt. Während früher die Arbeitgeberverbände so gut wie ausschließlich zu Arbeiterangelegenheiten Stellung nahmen, haben sie neuerdings auch Angestelltenfragen in ihren Arbeitsbereich einbezogen, und damit gewinnen diese Verbände auch für den angestellten Chemiker erhebliche Wichtigkeit.

Der angestellte Chemiker, an sich schon durch die Richtung seiner Tätigkeit in Laboratorium und Betriebe wenig zum Verband- und Vereinsmenschen geeignet, hat den starken Rüstungen der anderen Seite bisher nichts entgegenzustellen. Die Werkgruppen, die sich im Anilinkonzern in den letzten Monaten gebildet haben, hatten zunächst nicht die Tendenz, sich über die ganze Industrie auszubreiten. Aber die Erkenntnis, daß etwas geschehen müsse, wenn man nicht ganz ins Hintertreffen geraten wolle, rang sich unter Suchen und Tasten allmählich durch, und führte dazu, daß am 22./2. die Vertrauensleute der etwa 300 angestellten Chemiker der Fabriken Groß-Berlins sich zu dem Beschluß vereinigten, einen vorbereitenden Ausschuß zur Gründung eines Bundes angestellter Chemiker für das Deutsche Reich zu bilden.

Über die Wege, die der neue Bund einschlagen soll, wird eine konstituierende Versammlung von Vertretern aller angestellten Chemiker aus dem Reich zu entscheiden haben. Diese „Chemikertagung“ soll auch über den Sitz des Bundes befinden. Der vorbereitende Ausschuß sieht es als seine einzige Aufgabe an, für den Bundesgedanken zu werben und für die Chemikertagung die Grundlagen zu schaffen. Über die allgemeinen Ziele und die nächsten Aufgaben herrschte erfreuliche Übereinstimmung. Es wurde ein Werbe- und ein Satzungsausschuß gewählt, die ihre Vorarbeiten so weit gefördert haben, daß jetzt die folgenden Darlegungen als die Auffassung des vorbereitenden Ausschusses den Fachgenossen unterbreitet werden können.

Aufnahme in den Bund sollen finden alle angestellten Chemiker und Chemikerinnen mit Hochschulbildung aus der chemischen Industrie sowie aus allen anderen Zweigen der Technik, die überhaupt Chemiker beschäftigen, ferner die Assistenten der Hochschulen, der Handels- und Nahrungsmittellaboratorien, der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und anderer Institute. In diesen

Chemikerguppen ist der Kern des Bundes zu erblicken. Außerdem aber sollen Gelegenheiten zur Aufnahme finden: angestellte Physiker, und aus der chemischen Industrie solche technisch-naturwissenschaftliche Angestellte mit Hochschulbildung, die als Berufsverwandte des Chemikers gelten können, also Ingenieure, Architekten, Pharmakologen, Physiologen, Apotheker, Bakteriologen. Bei dieser Erweiterung des Rahmens über die reine Chemikervereinigung hinaus liegt nicht etwa die Absicht zugrunde, mit den Verbänden der Ingenieure, Apotheker u. a. in Wettbewerb zu treten. Aber man glaubt, daß die Interessen dieser Berufsverwandten sich innerhalb der chemischen Industrie völlig mit denen der Chemiker decken, und daß andererseits ihre Zahl selbst auf großen chemischen Werken zu gering ist, als daß eine kräftige Vertretung ihrer Interessen in einem Sonderverband möglich wäre, während ihre Einordnung in den Chemikerbund bei dessen geplanter Gliederung nach Werkgruppen keine Schwierigkeit bieten wird. Fachgenossen ohne Hochschulbildung, die aber nach Vorbildung, Stellung und Tätigkeit den akademisch gebildeten gleichzuachten sind, sollen unter gewissen noch festzustellenden Voraussetzungen gleichfalls aufgenommen werden. Engherzigkeit ist dabei zu vermeiden, das Höhenmaß des Bundes soll aber eingehalten werden. — Die Aufnahme von Chemikern, die als Prokuristen oder in ähnlichen Funktionen eine Mittelstellung zwischen Angestellten und Arbeitgeber einnehmen, sowie von Hochschullehrern, die für ihre Person Angestellte des Staates, ihren Assistenten gegenüber aber Arbeitgeber sind, ist eine Frage, die noch eingehender Erwägung bedarf. Auch die korporative Aufnahme von Verbänden verwandter Richtung ist vorzuziehen.

Der Bund soll sich in Orts- und Werkgruppen gliedern, der Aufbau, bei aller Freiheit der Gruppen im einzelnen, doch straff zentralisiert sein. Nur strenge Geschlossenheit gibt die Kraft und die Beweglichkeit, die dem Bunde nützt. Der Bund wird an Mitgliederzahl hinter den großen Wirtschaftsverbänden anderer Berufe stets zurückbleiben, auch wenn er sein Ziel erreicht: alle angestellten Chemiker zu umfassen; darum kann seine Stärke nur in der Einheitlichkeit liegen.

Es würde der geistigen Anlage der von ihm vertretenen Kreise widersprechen, wenn der Bund als radikaler Kampfverband ins Leben treten wollte. Das Gefühl der Verantwortung, das den deutschen Chemiker stets ausgezeichnet hat, wird auch den Bund beherrschen: Verantwortung gegen seine Mitglieder, Verantwortung gegen die Industrie und die deutsche Wirtschaft im ganzen, Verantwortung gegen die Wissenschaft, die den Chemiker erzogen hat. Der Bund sucht Verständigung und Zusammengehen mit allen Volks- und Berufskreisen, besonders auch mit dem besonnenen Teile der Arbeiterschaft. Wenn das Unternehmertum den Weitblick und die moderne soziale Einsicht beweist, die man von seiner Geschäftsklugheit erwarten dürfte, dann wird es in dem Bunde Entgegenkommen und Mäßigung finden. Andererseits hat der Bund keine Ursache, auf eines der wirtschaftlichen Hilfsmittel zu verzichten, die das Gesetz ihm gestattet oder künftig gestatten wird.

Auf dem Programm, das der vorbereitende Ausschuß dem Bunde vorschlägt, stehen als nächste Hauptpunkte: Zeitgemäße Fassung der Anstellungsverträge, erweiterter gesetzlicher Schutz der chemischen und technischen Geistesarbeit, Bezahlung entsprechend der Vorbildung und dem Wert der Leistung.

Als Arbeitsgebiete sind in Aussicht genommen: Förderung der Bundesmitglieder in der Erkenntnis wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge, Einflußnahme auf Öffentlichkeit, Gesetzgebung, Verwaltung und Unternehmertum, Einwirkung auf das Unterrichts- und Prüfungswesen an den Hochschulen; Pflege der Berufstatistik; wirtschaftliche Unterstützung; Rechtsberatung und Vermittlung in Streitfällen; Zusammengehen mit anderen Verbänden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß das Programm in manchen Punkten über den Rahmen der reinen Angestelltenfragen hinausgeht und auf allgemeine Standesangelegenheiten übergreift. Beides ist unlösbar verbunden. Damit entsteht die Frage nach dem Verhältnis des neuen Bundes zur gemeinsamen Standesvertretung: dem Verein Deutscher Chemiker. Der vorbereitende Ausschuß hält sich nicht für befugt, auf die Frage einzugehen, ob ein näheres Verhältnis zum Verein, ein Kartellvertrag oder ähnliches in Erwägung zu ziehen sei. Hierüber muß die endgültige Organisation des Bundes entscheiden. Auch wenn es nicht zu einem engeren Zusammengehen kommt, so ist ein friedliches und vertrauensvolles Verhältnis mit Rücksicht auf die vielen Berührungspunkte wohl für beide Teile wünschenswert.

Der Bundesgedanke hat schon vielseitige Zustimmung gefunden. Der demnächst erscheinende Aufruf trägt neben den Unterschriften fast aller Groß-Berliner Chemiker-Vertrauensleute die Namen der Vertrauensleute von einer Reihe der größten Firmen aus dem Reiche. Ausdrücklich sei bemerkt, daß hinter jedem Namen die Chemikerschaft des betreffenden Werkes oder Instituts so gut wie restlos steht. Es sind schwierige Aufgaben, die dem Bunde obliegen werden, sie sollen mit Tatkraft und Entschiedenheit in Angriff genommen werden, aber nicht im Sinne kleinlicher Selbstsucht und Begehrlichkeit, sondern von dem höheren Standpunkte aus, daß mit der Bundesarbeit der Gesamtheit ein Dienst geleistet wird: es ist ein allgemeines Interesse, daß die Träger geistigen und technischen Fort-

schritts, zu denen sich auch die angestellten Chemiker rechnen, vom Ertrag ihrer Arbeit ein würdiges und unabhängiges Leben führen können.

Zuschriften für den Bund an Herrn Dr. Reisenegger, Berlin-Dahlem, Cäcilienallee 59.

### III. Rundschreiben des Vorsitzenden an die Bezirksvereine und Fachgruppen wegen Vorstandsratssitzung im April 1919.

An die

Vorstände der Abteilungen des Vereins deutscher Chemiker.

Ich beabsichtige gemäß § 14, Abs. 2 der Vereinssatzung Ende April eine Vorstandsratssitzung nach Halle einzuberufen zu einer Aussprache über die wichtige und dringende Frage, in welcher Weise die Interessen unseres Vereins und diejenigen der angestellten Chemiker vereinigt werden können. Die Einladungen werden den Herren Mitgliedern des Vorstandsrats und ihren Stellvertretern demnächst zugehen.

Von einigen Bezirksvereinen liegen bereits Äußerungen zu dieser Frage vor. Da es erwünscht ist, den Teilnehmern an der Sitzung vorher alles Material zugänglich zu machen, so bitte ich die Gruppen unseres Vereins mir etwaige Ausführungen zu der Sache bis spätestens 12./4. zukommen zu lassen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorsitzende.  
gez. Dr. Th. Diehl.

### Die Kalilager in Elsaß.

Eine unserer stärksten Waffen gegenüber den Vereinigten Staaten war unser Kalimonopol. Kalisalze werden zur Zeit nur in Deutschland in großen Mengen gewonnen. Die Bohrungen in Holland bei Winterswyk sind mißglückt, da nur ein Bohrloch auf Kalisalze fundig geworden ist. Bei den spanischen Kalilagern in Barcelona und Lerida (vgl. Angew. Chem. 31, III, 365, 514 [1918]) rechnet man nur mit einer Ausbeute, welche den Stand von 50 000 t nicht überschreiten dürfte. Unser Kalimonopol zu durchbrechen, würde Spanien vermutlich auf Jahre hinaus nicht möglich geworden sein, zumal Umfang und Kraft der spanischen Kalilagerstätten heute noch in keiner Weise feststehen. Deutschland hatte dagegen eine Kaliausbeute, welche ständig wuchs, denn die Mengen an Kalisalzen sind in Deutschland so gewaltig, daß bei dem Stande des heutigen Weltbedarfes an Kali die deutschen nachgewiesenen Kalimengen auf den Zeitraum von 50 000 Jahren hinaus für den ganzen Weltbedarf reichen würden. Infolge der übergroßen Nachfrage nach deutschem Kali und den sich hieraus ergebenden gehobenen Preisen, setzte eine gewaltige Förderung ein. Im Anfang des Jahres 1900 gab es 15 förderfähige Kaliwerke, im Jahre 1908 50, im Jahre 1910 69, im Jahre 1911 80 und im Jahre 1914 rund 130 (Agrarpolitisches Handbuch S. 401). Die Förderungsziffer an Reinkali belief sich in 1000 t im Jahre:

1910 bei	57	Werken auf	857,38
1911 „	97	„ „	939,93
1912 „	115	„ „	1009,22
1913 „	126	„ „	1110,37

Nach Deutschland haben die Vereinigten Staaten von Amerika den größten landwirtschaftlichen Verbrauch an Kalisalzen. Es wurden nämlich insgesamt und auf den qkm Anbaufläche in kg Kali verbraucht im Jahre 1913 in:

	Insgesamt in dz	Auf 1 qkm in kg
Deutschland . . . . .	5 361 026	1 529,3
Vereinigte Staaten . . . . .	2 316 896	120,4
Holland . . . . .	434 784	2 000,4
Frankreich . . . . .	331 149	89,9
Österreich-Ungarn . . . . .	250 727	114,2
Großbritannien . . . . .	234 106	117,4

(Entnommen: „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands“, S. 25.)

Infolge seines großen Bedarfes an Kalisalzen empfanden die Vereinigten Staaten das deutsche Kalimonopol bereits seit Jahren als äußerst drückend. Im Laufe des Krieges machte sich die Abhängigkeit von dem deutschen Kali naturgemäß erst recht fühlbar und man bemühte sich, selbst Kali zu gewinnen. Über die diesbezüglichen Versuche und deren Erfolge haben wir wiederholt, zuletzt S. 131 berichtet.

Neben den Vereinigten Staaten haben nun auch Holland und Großbritannien Bemühungen gemacht, sich durch eine inländische Gewinnung in den Besitz von Kali zu bringen. In beiden Ländern ist es nicht gelungen, sich auch nur annähernd einem Er-

folge zu nähern. In den Niederlanden ist in Vrede, in Plantragaarde und in Ratum nach Kali neu gebohrt, die Erfolge waren aber so, daß man kein Kapital fand, das die Versuche zu unterstützen geneigt war. In Großbritannien machte man viel Aufhebens davon, die in den Hochöfen entstehende Pottasche zur Kaliherstellung zu gewinnen, wie man es bereits in Amerika tat (vgl. Angew. Chem. 31. III, 397, 470 [1918]).

Infolge der Zurückhaltung von Kali durch den Krieg sind auch in den Ländern, welche keine Bemühungen treffen konnten, Kali im Inlande herzustellen, die gering vorhandenen Vorräte an eingeführtem Kali erschöpft. Hinzu kam, daß infolge der Schiffsraumnot auch die Mengen an Chilisalpeter nur in geringem Umfange verladen werden konnten. So hat man nur den Frieden erwartet, um von Deutschland Kali zu erhalten. Es liegen nun Meldungen von Schweden, Dänemark, Spanien, Nordafrika vor, wonach man schnellst nach dem deutschen Kali verlangt. Auch in Italien und Frankreich hat man den agrarischen Rückgang durch eine im Frieden gesteigerte Düngerezuführung zu heben versucht. So wäre uns auch in Europa unser Kalimonopol unter den obwaltenden Umständen von größtem Nutzen geworden. Waren wir doch in der Lage, durch eine gesteigerte Förderung die leeren Vorratsräume auffüllen zu können. Im Kriege ist Kali ja nur in geringen Mengen als Kompensationsware hinausgegeben worden. Die Verteilungstabelle für die Kaliindustrie hatte das Gesamtkontingent für das Jahr 1918 auf 10 561 000 dz reinen Kalis festgesetzt. Von diesem Kontingent kamen 9 186 000 dz auf das Inland und nur 1 375 000 dz auf das Ausland.

Alle diese Berechnungen sind nun dadurch unstimmig geworden, daß uns die Kalilagerstätten im Elsaß genommen sind. Hierdurch sind wir einer unserer stärksten wirtschaftlichen Waffen beraubt worden. Wir können uns dieser Tatsache nicht entziehen, so bedauerlich es auch für uns ist. Uns irgendwelchen Illusionen hier hinzugeben, kann nur schädlich sein. Wir müssen uns über den Ernst der Lage vollkommen klar sein. Die Kalilager im Elsaß sind allerdings bei weitem kleiner als diejenigen im heutigen Reiche. Dennoch müssen wir uns zugestehen, daß die Kaliindustrie im Elsaß erst eines sehr jungen Datums ist und daß, obgleich erst ein Teil der Lager in Förderung genommen wurde, schon heute angenommen wird, daß die Lager, berechnet nach dem letzten Friedensverbrauche, etwa 250 Jahre die Welt mit Kali versorgen können würden. Die große Leistungsfähigkeit der Kaliindustrie des Elsaß geht schon daraus hervor, daß es in einer unglaublich kurzen Zeit gelang, die Kalilager zu erschließen, obgleich die Verkehrsbedingungen keineswegs günstig lagen. Die Kalilager im Elsaß wurden erst im Jahrhundertbeginn nachgewiesen. Im Jahre 1904 wies man bei Wittelsheim das sogenannte Wittelsheimer Becken als Kalilagerstätte nach. Die Kalifunde ziehen sich 10 km nördlich Mühlhausen in einer Ausdehnung von rund 180 qkm hin. Sie lagern zwischen den vogesischen Ostgrenzen und dem Rhein-Rhone-Kanal. In Frankreich sind Bohrungen nicht mit Erfolg vorgenommen, im rechtsrheinischen Gebiete, also in Baden, sind Bohrungen nur mit ganz geringem Erfolge belohnt worden.

Die im Elsaß gemachten Funde sind außerordentlich reichhaltig an Kalisalzen und bedeutend salzhaltiger als in den Vorkommen des heutigen Reiches. Neben diesem großen Vorzuge stellt sich noch ein weiterer Vorteil ein: nämlich die günstigen Abbaubedingungen der Vorkommen, die im Elsaß in zwei Schichten auftreten. Die Hauptlager sind von einer Mächtigkeit von 3,7—5,4 m, die oberen geringeren Lager haben eine Mächtigkeit von 0,8—1,5 m. Das Aufarbeiten vollzieht sich bedeutend billiger als bei den Vorkommen im Inlande. Das Fehlen von Sulfaten und Magnesiumsalzen vereinfacht das Verfahren ungemein.

Von einer elsässischen Kaliindustrie kann erst seit dem Jahre 1910 gesprochen werden, denn im Jahre 1909 war erst eine Grube im Betrieb. Im Jahre 1913 hatte man bereits 12 Werke, welche Kali förderten, Schächte wurden 6 vollkommen in Betrieb genommen und 7 erst teilweise abgebaut. 4 Schächte waren dazu noch im Bau. Seit 1916 wurde das Abtäufen weiterer Schächte völlig verboten, zuvor hatte der Krieg, der sich in so unmittelbarer Nähe der Werke abspielte, eine Erweiterung des elsässischen Kalibergbaues noch zugelassen. Im Laufe eines Zeitraumes von nur 3 Jahren vermochte sich die Förderungsziffer von 42,42 Tausend t auf 287 Tausend t zu heben, so daß im Verhältnis zu der Gesamtförderung die Förderung der elsässischen Kaliindustrie bereits  $\frac{1}{4}$  der Gesamtförderung Deutschlands ausmachte. Die Förderung an Reinkali im Elsaß belief sich 1910 in 2 Werken auf 42,42 Tausend t; 1911 in 3 Werken auf 103,45 Tausend t; 1912 in 7 Werken auf 183,05 Tausend t; 1913 in 12 Werken auf 287,00 Tausend t. Im letzten Friedensjahre verteilten sich die elsässischen Kaliwerke auf vier Konzerne. Es waren dies die Aktiengesellschaft Deutsche Kaliwerke, der älteste Konzern, die Gewerkschaft Wintershall und Elsaß-Lothringischer Fiskus, die Gewerkschaft Glückauf Sondershausen und Elsaß-Lothringischer Fiskus und das Kaliwerk St. Therese. Die einzelnen Werke hatten zusammen 16 Gruben. Die größte Gewerkschaft ist diejenige der Deutschen Kaliwerke. Diese Gesellschaft hat 8 Gruben, und zwar die Gruben Amelie I und II, die Gruben Elae, Joseph, Marie, Marie Luise, Max und Anna. Die Gewerkschaft Wintershall ist in dem

Besitz der Gewerkschaft Theodor und der Gewerkschaft Prinz Eugen. Die Gewerkschaft Glückauf hat die Gruben Reichsland und Anna, die Aktiengesellschaft Kaliwerk St. Therese hat die Gruben Gewerkschaft Alex und Rudolf, die Gewerkschaft Regisheim und den Schacht Ensisheim I. Dem Flächeninhalt nach hatten die Gruben: Amelie 1800 ha, Marie 1200 ha, Theodor 1600 ha, Anna 1200 ha, Elae 1600 ha, Marie Luise 1600 ha, Prinz Eugen 1600 ha, Alex 200 ha, Joseph 1200 ha, Max 1800 ha, Reichsland 1800 ha, Rudolf 2200 ha.

Die Kaligruben sind naturgemäß mit deutschem Kapital fast ausschließlich entwickelt worden, fremdes Geld ist nur wenig vertreten gewesen, und dieses Fremdkapital ist im Laufe des Krieges abgestoßen worden. Die Aktiengesellschaft des Kaliwerks St. Therese, die eine französische Gesellschaft war, ist im Frühjahr 1918 zwangsweise liquidiert worden und damit in deutsche Hände übergegangen. Die folgende Aufstellung der Beteiligung der Kuxe hinsichtlich der einzelnen Werke nach den Angaben Roths zeigt die absolute Herrschaft des deutschen Kapitals in der elsässischen Kaliindustrie. Beteiligung an Kuxen und Quoten im Kalisyndikat in Tausendstel waren in den Werken:

## Deutsche Kaliwerke A.-G.

Gew.	Amelie I}	II}	Beteiligung in Kuxen	Quoten im Kalisyndikat in Tausendstel	
				114,53 (hiervon 32,19 8,25 im Elsaß)	
"	"	"	997 v. 1000		
"	Elae		1000 „ 1000	2,21	
"	Joseph		1000 „ 1000	2,04	
"	Marie		501 „ 1000	1,96	
"	Marie Luise		501 „ 1000	2,25	
"	Max		444 „ 1000	7,74	
"	Anna		96 „ 1000	7,74	

## Gewerkschaft Wintershall und Lothringischer Fiskus

Gew. Theodor	{	Wintersh.	501 v. 1000	7,91
		Fiskus	334 v. 1000	
„ Prinz Eugen	{	Wintersh.	501 v. 1000	6,95
		Fiskus	354 v. 1000	

## Gew. Glückauf Sondershausen und Elsaß-Lothr. Fiskus

Gew. Reichsland	{	Glückauf S.	375 v. 1000	6,66 Schacht W
		Fiskus	334 v. 1000	2,12 Schacht O
Gew. Anna Glückauf S. F.	{	Glückauf S. F.	846 v. 1000	—
		Kaliwerk St. Therese A.-G.	4,13	
Gew. Alex	{		100 v. 100	2,17
		Rudolf	100 v. 100	1,96

Das insgesamt in der elsässischen Kaliindustrie festgelegte Kapital wird auf 34,35 Mill. M angegeben. Hiervon sind etwas über  $2\frac{1}{4}$  Mill. M im Wege der Anleihen aufgebracht worden. Diese Anleihen, auf die einzelnen Gruben umgerechnet, verteilen sich nach der erwähnten Quelle wie folgt: Es wurden durch Anleihe finanziert die Gew. Amelie mit 2,72 Mill. M bei 6 Mill. M Kapital, Gew. Elae mit 2,42 Mill. M, Gew. Joseph mit 2,000 Mill. M, Gew. Marie mit 2,12 Mill. M bei 2,85 Mill. M Kapital, Gew. Marie Luise mit 1,7 Mill. M bei 4,15 Mill. M Kapital, Gew. Max mit 1,50 Mill. M bei 2,35 Mill. M Kapital, Gew. Theodor mit 2,00 Mill. M bei 3,00 Mill. M Kapital, Gew. Prinz Eugen mit 2,5 Mill. M bei 3,00 Mill. M Kapital, Gew. Reichsland mit 2,39 Mill. M bei 3,00 Mill. M Kapital, Gew. Anna mit 2,15 Mill. M bei 2,00 Mill. M Kapital, Gew. Alex, Rudolf, Ensisheim I, Regisheim mit — Mill. M bei 8 Mill. M Kapital.

Die nach einer so kurzen Zeitspanne eingetretene hohe Leistungsfähigkeit der elsässischen Industrie zeigt die hohe Entwicklungsfähigkeit der Werke. Hierüber können wir uns gar nicht täuschen. Mit dem Weltkalimonopol ist es für uns vorüber. Insonderheit die Vereinigten Staaten von Amerika werden dafür Sorge tragen, sich der Ausbeute unserer Kaliwerke zu bemächtigen. Die Verkehrshindernisse mit ihrer Verteuerung werden aufgehoben durch unsere durch die Revolution so überaus gesteigerten Produktionskosten. Wenn auch das deutsche Kali seine Stellung auf dem Weltmarkte behalten wird — zunächst sind die elsässischen Werke gar nicht in der Lage, der riesigen Welt Nachfrage zu genügen — als wirtschaftliches Kampfmittel ist uns unser Kalireichtum zu einem erheblichen Teile entwertet worden. B.

## Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

**Australien.** Erlaubnis zur Goldausfuhr. Nach einer Reutermeldung aus Melbourne vom 4./2. hat Ministerpräsident Watt einer Abordnung der Goldgruben die Zusage gemacht, versuchsweise die Goldausfuhr für die Dauer von drei Monaten zu

gestatten; diese Maßnahme soll es den Goldproduzenten ermöglichen, die auswärtigen Märkte zu erproben. Den Banken könne die Goldausfuhr noch nicht gestattet werden, da bei diesen andere Verhältnisse in Frage kämen. (Daily Telegraph vom 11./2.) *ll.*

**England.** Die „London Gazette“ veröffentlicht eine Verordnung, durch welche die Einfuhr aller Derivate von Kohlentee, die als Farbstoffe oder zur Erzeugung von Farben verwendet werden, verboten wird, außer wenn sie unter Lizenz des Handelsamts geschieht. *ar.*

**Niederlande.** Änderung des Ausfuhrverbots für Eisen und Stahl. Durch eine mit dem Tage der Kundmachung in Kraft getretene Königliche Verordnung vom 7./2. 1919 (Niederländische Staatscourant vom 8./2. 1919) ist bestimmt worden, daß das unterm 13./10. 1916 erlassene Ausfuhrverbot für Eisen und Stahl sowie Legierungen davon nicht mehr anwendbar sein soll auf die Ausfuhr nach den niederländischen Kolonien. Ausgenommen hiervon sind jedoch folgende Waren: Roheisen, gegossene Röhren und Muffen, Halbfabrikate wie Gußstahl und Flußeisen, gewalzt (in Blöcken) und vorgewalzt, Walzwerkzeugnisse und einzelne fertige Waren daraus, sowie aus Blech verfertigte Bestandteile. *ll.*

**Frankreich.** Eine Verfügung des französischen Ministers für den industriellen Wiederaufbau hebt die Einschränkungen bezüglich des Verkaufs von Ferrosilicium, Antimon, Nickel, Aluminium und Sauerstoff auf. Eine weitere Verfügung setzt die Verkaufsbeschränkungen für Magnesium, Ferrosilicium, Ferrowolfram, Ferromolybdän, Magnesiumchlorid und Calciumsilicid außer Kraft. In beiden Fällen bleiben aber die Vorschriften, die sich auf Ein- und Ausfuhr dieser Stoffe beziehen, bis auf weiteres in Kraft. („Chem. Trade J.“ Nr. 1653.) *u.\**

**Italien.** Die Einfuhr folgender Stoffe nach Italien bleibt der italienischen Regierung vorbehalten: Benzol und Toluol, pflanzliche und tierische Fette, Pikrinsäure, Ätznatron, Soda und andere Carbonate, Natrium-, Kalium- und Ammoniumnitrat, Glycerin, Kalkacetat und Aceton, Alkohol, Naphthalin, Nickel, Zinn, Blei, Antimon, Kupfer, Zink, Aluminium und Legierungen dieser Metalle. Für die Einfuhr der genannten Produkte muß die Erlaubnis beim italienischen Ministerium für Waffen und Munition nachgesucht werden. („Chem. Trade J.“ Nr. 1653.) *u.\**

**Dänemark.** Die vom Ministerium des Innern verfügten Rationierungsbestimmungen über den Verbrauch von Benzin, Benzol und Calciumcarbid und die daraus folgenden Einschränkungen im Kraftwagenverkehr sind durch Bekanntmachung vom 22./2. 1919 aufgehoben. Die Höchstpreisbestimmungen gelten zunächst jedoch weiter. *Sch.\**

**Norwegen.** Die amtlichen Verordnungen vom 30./8. und 4./9. 1918 über die Verwendung deutschen Salzes sind unterm 25./1. widerrufen worden, so daß der norwegische Staat in Zukunft auch solche britisch-verklausulierte Herings- und Fischwaren ankaufen kann, bei deren Zubereitung deutsches Salz verwendet worden ist. *ar.*

**Deutschland.** Meldung von Drogen. Nach der Bekanntmachung vom 15./3. 1917, betreffend Bestandserhebung und Lagerbuchführung von Drogen und Erzeugnissen aus Drogen hat bis zum 1./4. d. J. die Meldung der am 15./3. d. J. (Stichtag) vorhandenen Bestände an den in dieser Bekanntmachung näher bezeichneten Drogen und Erzeugnissen aus Drogen stattzufinden. Die Meldungen haben auf den amtlichen Meldescheinen zu erfolgen, die bei der Vordruck-Verwaltung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Berlin SW 48, Verl. Hedemannstr. 10, unter Angabe der Vordrucknummer Bst. 1247 b, anzufordern sind. Die Meldungen sind an die Medizinal-Abteilung des Preussischen Kriegsministeriums, Berlin W 66, Wilhelmstr. 94/96, zu erstatten. Bei Unterlassung der Meldung ist gegebenenfalls strafrechtliche Verfolgung zu erwarten. *ar.*

**Verkehr mit Glycerin.** Das Reichswirtschaftsministerium gab am 25./2. 1919 Bestimmungen über die Herstellung, die Einfuhr von Roh- und Reinglycerin und den Verkehr damit bekannt, die sofort in Kraft traten. Danach sind Roh- und Reinglycerin im Sinne der Verordnung vom 5./2. 1919 Glycerin mit mehr als 20% Reingehalt. Die Herstellung ist nur solchen Betrieben gestattet, denen der Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H., Berlin, die Genehmigung dazu erteilt. Der Verkehr mit Glycerin ist nur auf Grund von Erlaubnisscheinen des Reichsausschusses gestattet. Auslandsglycerin ist an den Reichsausschuß abzuliefern. Dieser setzt auch für das von ihm übernommene Glycerin den Übernahmepreis fest. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Preises (durch das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft) zu liefern. Der Reichsausschuß hat vorläufig den von ihm festgesetzten Preis zu zahlen. Weitere Bestimmungen gehen u. a. auf die Abnahme- und Zahlungsbedingungen, Schlichtung von Streitigkeiten und Strafen ein. *ll.*

Der Kriegsausschuß für Sammel- und Helferdienst (S. A.) sieht sich wegen eines besonderen Falles veranlaßt, die Sammelorganisationen nochmals darauf hinzuweisen, daß die Sammlung von Celluloid auf jeden Fall unterbleiben muß und zwar aus folgenden Gründen: Die Abteilung der Kriegswirtschafts-A.-G.

Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle, welche Celluloid und Altcelluloid bewirtschaftete, ist mit dem 1./1. d. J. an das Reichsverwertungsamt übergegangen. Dieses ist aber nicht in der Lage, Celluloid käuflich zu übernehmen, da seit Anfang November 1918 die Heeresverwaltung für Celluloid keinen Bedarf mehr hat und die Sammlung von Celluloid — auch nach Ansicht von zu Rate gezogenen Sachverständigen — volkswirtschaftlich nicht berechtigt erscheint. *dn.*

Die Reichswirtschaftsstelle für Ersatzspinnstoffe erläßt eine Anordnung über Spinnpapier- und Papierrundgarnlieferungsverträge, in welcher hauptsächlich die Rückgängigmachung solcher Verträge und der Preisbestimmungen behandelt werden. *dn.*

Wegen Unsicherheit in der Flachsversorgung wird die Kontingentierung für Flachsgarne in Deutschland auch weiterhin aufrechterhalten werden. Die bestehenden Kriegsgesellschaften der Hanf- und Flachsindustrie werden nicht aufgelöst werden. *on.*

Die Bewirtschaftung von Leder, Häuten, Fellen, Gerbstoffen und Treibriemen ging am 1./3. 1919 von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Preussischen Kriegsministeriums auf das Reichswirtschaftsministerium über. Dementsprechend sind durch eine im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung erlassene Bekanntmachung die einschlägigen Bestimmungen abgeändert worden und die Befugnisse der Kriegsministerien sowie der zuständigen Militärbefehlshaber auf das Reichswirtschaftsministerium und die neuen Organe der Lederbewirtschaftung übergegangen. Alle bisher von dem Kriegsministerium oder den Befehlshabern erlassenen Bekanntmachungen, Einzelanordnungen usw. bleiben zunächst jedoch in Kraft, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben worden sind. Das Lederzuweisungsamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung und die Kontrollstelle für freigewordenes Leder wurden mit dem 1./3. 1919 zusammengelegt. Die neue Stelle heißt „Reichs-lederstelle“. Sie hat ihren Sitz in Berlin W 66, Leipziger Straße 123a. In Zukunft sind alle auf die Erledigung laufender Geschäfte bezüglich Zuschriften unmittelbar an die bearbeitenden Stellen (Kriegsgesellschaften, Reichs-lederstelle, Riemenfreigabestelle usw.) zu richten. Anregungen grundsätzlicher Natur dagegen sind unmittelbar bei der betreffenden Fachgruppe des Zentrallausschusses der Lederwirtschaft in Berlin einzureichen. *ar.*

**Deutschland (besetzte Gebiete).** Die im besetzten Deutschland und im Großherzogtum Luxemburg ansässigen Importeure und Exporteure haben nach einer von der französischen Regierung in Übereinstimmung mit den alliierten Regierungen erlassenen Vorschrift für ihre Warenein- und -ausfuhr die Zustimmungserklärung des interalliierten Wirtschaftskomitees in Luxemburg einzuholen. Die Zustimmungserklärung muß zugleich mit den ein- und auszuführenden Waren an der Grenze vorgezeigt werden. Die noch bestehenden Beschränkungen für die Ein- und Ausfuhr Frankreichs werden durch diese Verordnung nicht berührt. *ar.*

## Übersichtsberichte.

**Die Asbestindustrie Nordamerikas.** Die Nachfrage nach diesem in die Liste der Kriegsminerale aufgenommenen Erzeugnis war 1918 stark und obwohl die Förderung der Vereinigten Staaten diejenige des Jahres 1917 übertraf, war man doch zum größeren Teile auf die Zufuhr aus Canada angewiesen. Der größte und wichtigste Erzeuger von Asbest in den Vereinigten Staaten war Arizona, wo drei Gesellschaften die Haupterzeuger mit ihren im Ash Creek-Bezirk nördlich Globe gelegenen Betrieben waren. In Maryland wurde genügend Asbest für Filterzwecke gewonnen, um der früher durch Einfuhr gedeckten Nachfrage gerecht zu werden. In Californien betrieb die Sierra Asbestos Co. bei Nevada City ein Bergwerk und eine 100 t-Mühle; ihr Erzeugnis verschifft sie nach San Francisco zur John D. Hoff Asbestos Co., den Generalagenten für die Verteilung des Materials.

Die canadische Asbestindustrie war während des Jahres 1918 in lebhafter Tätigkeit. Die Nachfrage war groß und die Erzeugung war nur durch Arbeiter- und Schiffsraummangel begrenzt. Die Asbestherstellung in Canada ist auf die Provinz Quebec beschränkt, wo die fünf Zentren Thetford Grube, Black Lake, Robertsonville, East Broughton und Danville bestehen. Die ersten vier liegen an der Quebec Central-Bahn, die Quebec mit Sherbrooke verbindet, und die fünfte an der Grand Trunk-Bahn, 85 Meilen südwestlich der Stadt Quebec. Während der ersten 9 Monate des Jahres 1918 erreichte die canadische Asbestgewinnung annähernd 116 000 t im Werte von 6 Mill. Doll., während diese Zahlen für das ganze Jahr 1917 137 000 t im Werte von 7,2 Mill. Doll. waren. Der Fortschritt erhellt aus der Tatsache, daß vor 10 Jahren die Jahreserzeugung nur 65 000 t im Werte von 2,5 Mill. Doll. betrug.

Da für die Abstufung von Asbestarten keine allgemeingültigen Regeln aufgestellt sind, ist es schwierig, die Preise zu vergleichen, außer für die gleichen Sorten des gleichen Erzeugers. Dies wird noch erschwert durch die große Anzahl der Sorten, die stufenweise ineinander übergehen und ihrem Werte nach von 5 Doll. die t für sehr kurzfasrige Ware bis 1500 Doll. für auserlesene „Rohe Nr. 1“ einer mehr als 1 Zoll langen Faser. Durchschnittspreise für „paper stock“ während der letzten 6 Jahre waren folgende für 1 t: 1913: 28; 1914: 27; 1915: 31,50; 1916: 39; 1917: 53 und 1918: 60 Doll. Die überwiegende Menge des Quebec-Asbestes wird nach den Vereinigten Staaten ausgeführt. Der nächstwichtige Verbraucher des Asbestes ist England, darauf folgen Japan, Frankreich und Italien. Während des Jahres 1918 waren 18 Gruben im Quebec-Bezirk im Betrieb. Neue Asbestfunde wurden gemacht in Südafrika. Für die ersten 7 Monate 1918 betrug die Gewinnung von rhodesischem Asbest 7 834 397 lb., und die des ganzen Jahres 1917 19 932 281 lb. *Sf.\**

**Brasilien Ziegelindustrie.** Da Brasilien sehr reich an Tongruben ist, so sind Ziegeleien über das ganze Land verstreut. Ihre Erzeugung deckt vollkommen den einheimischen Bedarf an gewöhnlichen Ziegeln. Die Herstellungsweise ist zum großen Teil sehr primitiv und stützt sich auf Handarbeit; hohe Bahnfrachten und Ausfuhrzölle stehen der Errichtung moderner Fabriken hindernd im Wege. Die für Ziegel erzielten Preise schwanken beträchtlich, die Selbstkosten betragen etwa 17 sh. für 1000 Stück ab Fabrik. Die Ziegeleimaschinen wurden in der Hauptsache aus England, Frankreich und Deutschland bezogen, nordamerikanische Fabrikate sind noch gänzlich unbekannt. Die Bautätigkeit liegt infolge der Schwierigkeiten, die sich der Einfuhr von Zement und Eisenträgern entgegenstellen, sehr darnieder. Es ist aber mit einer verstärkten Nachfrage nach Ziegelsteinen und Ziegeleimaschinen zu rechnen, sobald diese Einfuhrschwierigkeiten behoben sind. Infolge des bestehenden hohen Zolles können ausländische Ziegel nicht mit den einheimischen konkurrieren. Nach dem Bericht des Centro Industrial do Brazil vom Jahre 1907 befaßten sich seinerzeit 179 brasilianische Fabriken mit der Herstellung keramischer Erzeugnisse und beschäftigten 2553 Arbeiter. Das in der Industrie angelegte Kapital belief sich auf 10 547 Contos und der Wert der Jahreserzeugung auf rund 10 363 Contos. Auch heute sind noch verhältnismäßig wenige Fabriken auf die Herstellung feinerer keramischer Erzeugnisse (Kacheln usw.) eingerichtet, die meisten fabrizieren Bausteine. *ar.*

**Brasilien Kohlen- und Heizölgewinnung.** Dem Abbau der einheimischen Kohlenreviere wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt, außerdem wurden Versuche mit dem in Bahia gewonnenen Petroleum angestellt. Der Ausfall in der Kohleneinfuhr konnte nur zu einem geringen Prozentsatze durch einheimische Kohle gedeckt werden, in der Hauptsache ist Holz an Stelle von Kohle getreten. Im Jacuhy-Tale deuten Anzeichen auf die Anwesenheit von anderen wertvollen Vorkommen, außer den jetzt in Abbau befindlichen (vgl. *Angew. Chem.* 31, III, 500 [1918]). Im Juni 1918 wurde die Barra Bonita Mining Co. mit einem volleingezahlten Kapital von 2800 Contos gegründet. Außerdem wurde die Companhia Industrial de Gandarella mit Hauptsitz in Rio de Janeiro gegründet. Sie bezweckt den Abbau von Kohle, Eisen, Mangan und sonstigen Erzen in Gandarella (Staat Minas Geraes) und arbeitet mit einem Kapital von 3000 Contos, das wahrscheinlich auf 5000 erhöht werden wird. — Der Heizölgewinnung wird jetzt erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Der in Parahyba gefundene Schiefer soll ölhaltiger als der schottische sein, der 10% ig ist, während der brasilianische einen Ölgehalt von 16 1/2% aufweist. Bituminöser Schiefer wurde am Itahibeflusse nördlich von Ilheos festgestellt, ebenso auf der Insel João Thanis im Marahufusse, 80 Meilen südlich von Bahia, auf der Insel Tinhare, 30 Meilen nördlich von Bahia, in Riachodoche und Camaragibe, 25 bzw. 45 Meilen nördlich von Maceio, in Alagoas und in Coara. Im Februar 1918 wurde der erste Versuch zum Antrieb von Dieselmotoren mit brasilianischem Petroleum im Stadttheater von Rio de Janeiro gemacht. Das Petroleum kam von Alagoas und soll sich als sehr brauchbar erwiesen haben. Die rein brasilianische Gesellschaft Andrade, Auto & Cia. übt das Bohrrecht im Staate Alagoas aus, 10 km von der gleichnamigen Hauptstadt entfernt, die Bahnverbindung nach Pernambuco und Maceio besitzt. Das Rohöl soll einen ziemlich hohen Prozentsatz Gasolin ergeben, das als Betriebsstoff für Kraftwagen verwendet werden kann. *on.*

Laut einem Bericht des „Foreign and Domestic Commerce“, Handelsabteilung, wird die Zukunft des Papiermarktes in Brasilien in der Hauptsache von den Fabrikationsmöglichkeiten in Europa abhängen. Preis und Bedienung sind nach wie vor Hauptsache, und wenn erst die europäischen Fabrikanten die amerikanische Konkurrenz unterbieten können und die Transportmöglichkeiten denjenigen der Vorkriegszeit gleich geworden sind, dann ist kein Zweifel, daß die europäischen Firmen einen großen Teil ihrer früheren Geschäfte wieder aufnehmen können. — Brasilien Papiererzeugung erreichte vor dem Kriege eine Höhe von 1,5 Mill. Pfd. Sterl., an denen Amerika mit 100 000 Pfd. Sterl. beteiligt war. Deutschland war der Hauptlieferant und verkaufte für etwa 500 000 Pfd. Sterl. jährlich. Seit Kriegsausbruch ist der Anteil Amerikas auf

mehr als 400 000 Pfd. Sterl. gestiegen. — Im Laufe der letzten zwei Jahre hat eine amerikanische Firma in Rio de Janeiro eine Filiale eröffnet, wo alle Arten von Druck- und anderem Papier eingekauft werden können. Dieses Unternehmen hat in Sao Paulo eine Agentur und sendet seine Verkäufer nach den nördlichen Staaten. Zwei andere amerikanische Gesellschaften, die seit Kriegsbeginn gute Geschäfte in Brasilien gemacht haben, beabsichtigen eine Ausdehnung ihrer Tätigkeit. Ein großes Kommissionshaus hat in den bedeutendsten Städten Niederlassungen errichtet und will eine aktivere Anteilnahme am Papierabsatz für sich erreichen. („Schweizer Export-Revue“ vom 14./2. 1919.) *on.*

**Kohlenförderung auf den Philippinen.** Trotz des Reichtums des Landes an Mineralien verschiedener Art wird Bergbau nur wenig betrieben, daher mangelt es stets an Brennstoff, der aus Australien, China und Japan bezogen werden muß. Nur auf der Insel Cebu wurden geringe Mengen Kohlen gefördert. Vor kurzem hat man jedoch auf Mindanao beträchtliche Kohlenlager entdeckt, die durch die in Manila gebildete National Coal Co., an der sich die Regierung zu beteiligen gedenkt, ausgebeutet werden sollen. Im staatlichen Interesse der neu entdeckten Kohlenvorkommen ist jüngst ein Gesetz erlassen worden, das der Regierung alle Rechte auf sämtliche Kohlenlager vorbehält und sie dem Secretary of Agriculture and Natural Resources unterstellt. Danach dürfen die Kohlenfelder nicht verkauft, sondern bloß in Anteilen von 400—1200 ha an Einzelpersonen oder an Gesellschaften verpachtet werden. Hauptbedingung für die Pachtgenehmigung ist, daß die Mehrheit der Geschäftsanteile der betreffenden Unternehmen im Besitz von Bürgern der Philippinen oder der Vereinigten Staaten ist. Die Regierung behält sich die Oberaufsicht über alle Betriebsmaßnahmen vor. Die Besitzer von Kohlenbergwerken, die auf Privatländereien aufgeschlossen und ausgebeutet werden, haben für je 400 ha Fläche 1000 Pesos Jahressteuern und für jede geförderte t Kohle eine Abgabe von 4 Centavos zu zahlen. („Der Kohleninteressent“ vom 15./1. 1919.) *ll.*

**Handel und Industrie in Australien.** Eisen und Stahl. Nach dem Bericht einer Regierungskommission sind an zahlreichen Stellen in Queensland bedeutende Eisenerze vorhanden. Auf der Iron Island wurden besonders große Vorkommen von Roteisenstein festgestellt. Der Iron Mountain in Kangaroo bei Townsville enthält große Lager von Magnetit-Eisenstein, andere reiche Eisenvorkommen wurden im Cloncurry-Bezirk am Wild-River, 60 engl. Meilen von Marrooba, in Gladstone, Pittsworth, Biggenden, Degilbo, Mount Perry und im Mount Morgan-Bezirk am Don gefunden. — Die Broken Hill Proprietary Co. in Newcastle, N. S. W., vergrößert ihr Kapital von 600 000 auf 3 Mill. Pfd. Sterl., nachdem die Regierungen Englands und des Commonwealth den Plan gutgeheißen haben. Eine Produktionsabnahme war die Folge eines 3 Monate dauernden Streiks, trotzdem war der Gewinn größer als in den früheren Halbjahren. Die Verhandlungen der Gesellschaft mit Lysaghts Ltd. haben dazu geführt, daß letztere Firma neben den Stahlwerken der Broken Hill eine Verzinkerei mit einem Kostenaufwande von 150 000 Pfd. Sterl. errichten wird. — Zur Herstellung von Stahlröhren nach dem Lloyds Wells-Verfahren wurde eine Gesellschaft mit einem Kapital von 60 000 Pfd. Sterl. gegründet, die jährlich 300 000 m Stahlröhren herstellen wird. — Die Australian Electric Steel Co. Ltd. gründet in Guildford, Westaustralien, Stahlwerke. In Sydney hat die Gesellschaft mit dem elektrischen Verfahren zur Herstellung von Werkzeugen und Maschinen für Bergbau und andere Industrien die besten Erfahrungen gesammelt und verspricht sich von der Neugründung sehr gute Erfolge.

**Gips.** Laut Bericht des Department of Chemistry wird hauptsächlich im südlichen Teil der Halbinsel Yorke, an der Marion Bay und dem Lake Fowler, Gips gewonnen. Die bedeutendsten Lagerstätten befinden sich an der Marion Bay, wo der Gips fast frei von Eisen ist und beim Brennen ein feines, weißes Produkt liefert. Früher wurde der Bedarf an gebranntem Gips fast gänzlich durch Einfuhr aus Deutschland und den Vereinigten Staaten gedeckt, während er jetzt im Lande von zwei Gesellschaften gewonnen und seit einigen Jahren auch nach Neuseeland ausgeführt wird.

**Chemische Industrie.** Die Alkaliversorgung Australiens hat während der letzten Jahre unter den Schifffahrtsbeschränkungen schwer zu leiden gehabt, so daß man jetzt ernstlich bestrebt ist, zu untersuchen, ob Australien Alkalilager besitzt und ob deren Ausbeute sich lohnen wird. Auf der Insel Casuarina, an der Mündung des Fitzroy River, hat man durch Bohrungen reiche Lager von Alaunsalzen festgestellt. Die Insel wurde als Niederlassung in Aussicht genommen, weil dort die Kohlenbelieferung auf dem billigen Wasserwege erfolgen kann. Die Gesellschaft, die in Australien als erste die neue Industrie aufnimmt, wird zweifellos binnen kurzem den ganzen Markt beherrschen, da die Regierung wohl einen Schutz Zoll einführen dürfte. Es sind außerdem die Kostenberechnungen für Material, Löhne und Unkosten so sorgfältig aufgestellt, daß mit einer guten Rentabilität des Unternehmens zu rechnen ist, besonders da wegen der Tonnageknappheit mit der Auslandskonkurrenz nicht zu rechnen sein wird. Die Firma Brunner, Mond & Co., Northwich, ist als Sachverständige mit der Begutachtung des Projekts beauftragt worden. Vielleicht wird auch diese Firma die Gründung der



neuen Industrieunternehmen, doch sieht sie zunächst noch große Schwierigkeiten wegen der ungünstigen klimatischen Einflüsse voraus. — **Bleiweißherstellung.** Lewis Berger & Sons, Ltd. errichteten eine große Bleiweiß- und Farbenfabrik in Rhodes bei Sydney. Die Fabrik ist nach den neuesten Erfahrungen eingerichtet und sehr erweiterungsfähig. Der Betrieb wurde im Juli 1917 mit der Herstellung von kohlensaurem Bleiweiß nach dem Mistbadverfahren aufgenommen. Die Qualität soll der besten am australischen Markt gleichkommen, die Erzeugung wird 4—5000 t Bleiweiß und 60 bis 70 000 Gall. sonstiger Farben p. a. betragen. Die Erzeugnisse sind seit November 1917 im Handel. Ein früherer Versuch, die Herstellung von Bleiweiß in Melbourne einzuführen, schlug fehl; dagegen hat in Southwark (Adelaide) ein Unternehmen eine Zeitlang mit Erfolg nichtgiftiges schwefelsaures Bleiweiß in bescheidenen Mengen hergestellt.

**Verschiedene Industrien.** Der Margarine-industrie würden sich glänzende Aussichten eröffnen, wenn die Regierung das Verbot, von den im Überfluß vorhandenen Speisefetten Margarine herzustellen, aufheben würde. Die Regierung hat dieses Verbot zum Schutze der einheimischen Buttererzeuger erlassen, da die zu verwendenden Fette ein Öl enthalten, das das Erzeugnis dem Aussehen nach der Butter ähnlich macht. Die Regierung wird deshalb heftig angegriffen, denn eine Schädigung der Buttererzeuger könne gar nicht in Frage kommen, weil die Margarine doch ausschließlich für die Ausfuhr nach Europa bestimmt ist. — Zwecks Versorgung der einheimischen Presse mit Papier regt die Regierung die Gründung von Papiermühlen an und beabsichtigt  $\frac{1}{4}$  Mill. Pfd. Sterl. dazu zur Verfügung zu stellen. Sie hofft, 30 000 t Zeitungspapier jährlich herstellen zu können, und hat bereits Holzmasse zur Verarbeitung ins Ausland geschickt, um die Qualität zu erproben. In Cairns (Queensland) ist eine Gesellschaft gegründet, die 10—30 t wöchentlich herzustellen gedenkt. — Die Regierung läßt durch einen Ausschuß die Verhältnisse für einen vermehrten Baumwollanbau untersuchen, der bis jetzt in Queensland in geringem Maße betrieben wurde. In 1917/18 wurden 23 $\frac{1}{2}$  t Rohbaumwolle geerntet gegen 5 t i. V.

Nachdem es geglückt ist, die nach Gewinnung des Gerbstoffs übrigbleibenden Rindenabfälle der südafrikanischen Akazie in der Papierfabrikation zu verwerten, will man versuchen, auch die australische Akazie in gleicher Weise zu benützen. Das Imperial Institute in London beschäftigt sich mit dieser Frage; ebenso untersucht es die Möglichkeit der handelsfähigen Gewinnung von Seehund- und Pinguin-Öl zur Margarinefabrikation und der Errichtung entsprechender Anlagen im antarktischen Meer oder Australien. Auf den Macquarie-Inseln werden bereits jährlich 400—450 t solchen Öls gewonnen, das zum größten Teil in Australien verbraucht wird.

**Die Lage der Zündholzindustrie in Schweden.** Seit Neujahr stehen die Fabriken der Svenska tändstikfabriks A/B. mit Ausnahme der Gotenburger Fabrik, wo Arbeiterschwierigkeiten herrschen, in vollem Betriebe. Die Zündholzfabriken sind während des Krieges von dem früher in einer Menge von jährlich 6—8 Mill. Kubikfuß aus Rußland eingeführten Espenholz fast ganz unabhängig geworden und verwenden Birken- und Föhrenholz einheimischer Bestände. Auch ist die Industrie jetzt aus den Schwierigkeiten heraus, welche die ersatzweise Verwendung von Holzteer an Stelle von Paraffin bedingte, nachdem die Entente eine größere in Schweden für russische Rechnung lagernde Paraffinpartie freigegeben hat. Die Ausfuhraussichten werden recht günstig beurteilt, da diejenigen europäischen Staaten, wie Österreich, Italien und Belgien, die vor dem Kriege über eine leistungsfähige Streichholzindustrie verfügten, dieselbe inzwischen aufgegeben haben. Was aber die starke japanische Konkurrenz anlangt, so rechnet man damit, daß die Arbeitskraft auch dort allmählich verteuert wird und den Wettbewerb lähmt. („Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ vom 5./2. 1919.)

**Die Aussichten der schwedischen Teerindustrie.** Die kräftige Entwicklung der Teerindustrie in den letzten Jahren kann daraus ersehen werden, daß die Ausfuhr an Teer aus Schweden vor dem Kriege jährlich 5 Mill. t betrug, während sie sich jetzt auf 30 Mill. t beläuft. Die Zukunftsaussichten sind jedoch zweifelhaft, da diese Industrie ihren Aufschwung zum großen Teile dem Bedarf an Ersatzstoffen auf verwandtem Gebiete zu danken hat. Über diese Aussichten äußern sich fachkundige Industrielle dahin, daß diese hauptsächlich von den Preisen abhängen werden. Falls die Möglichkeit besteht, den Fabrikanten im Ausland guten Absatz zu günstigen Bedingungen zu verschaffen, würde eine allgemeine Betriebseinstellung kaum in Frage kommen. Indessen ist der Markt um diese Jahreszeit immer sehr matt, dazu kommt noch der scharfe Wettbewerb zwischen den Fabrikanten. Es besteht die Absicht, ein Zusammenarbeiten zwischen den Teerfabrikanten zustande zu bringen, doch haben sich größere Schwierigkeiten ergeben, so daß die Aussichten deshalb ziemlich ungünstig sind. Die Industrien, die Teer nur als Nebenprodukt bei der Verkokung gewinnen, befinden sich natürlich in einer besseren Lage als diejenigen, die nur auf Teergeinnung eingestellt sind. Für diese letzteren Fabriken soll deshalb

gegebenenfalls eine Umstellung der Betriebe oder eine vollständige Stilllegung in Aussicht genommen werden. („Aftonbladet“ vom 17./2. 1919.)

## Marktberichte.

**Zur Lage des amerikanischen Eisen- und Stahlmarktes.** Über die vom Handelssekretär gemachten Vorschläge zur Stabilisierung der Preise auf einer niedrigeren Grundlage sprechen sich die Stahlerzeuger nicht günstig aus. Die gegenwärtige ungünstige Marktlage ist weniger auf die hohen Preise als auf die allgemeine Zurückhaltung von Geschäften zurückzuführen. Die Käufe von Kupfer angesichts der wiederholten Preisermäßigungen spielen keine Rolle. In Kreisen der Industrie glaubt man, daß die Wiederanpassung der Industrie an die Friedensverhältnisse von selbst und auf natürlichem Wege geschehen solle. (Nach „Iron Age“.)

**Zur Lage der Eisenindustrie in Österreich-Ungarn.** Die Kokszufuhr in Steiermark hat sich in der letzten Zeit soweit gebessert, daß die Alpine Montangesellschaft in der Lage ist, in nächster Zeit wieder einen Hochofen in Betrieb zu nehmen. Die eisenverarbeitende Industrie Deutschösterreichs ist derzeit weniger durch die Eisenknappheit als den Koks- und Kohlenmangel zu Betriebseinschränkungen genötigt. Die Zuteilung von Koks an die Gießereien ist sehr gering; viele Unternehmungen stehen infolge Kohlen- und Koks-mangels still. Die Versorgung mit Neueisen, das jetzt hauptsächlich aus Witkowitz und Oderberg nach Innerösterreich kommt, reicht für einen beschränkten Betrieb aus. Die Versorgung mit Altmateriale liegt für die Gießereien nach wie vor in den Händen des Kriegverbandes der Eisengießereien. Die Eisenpreise sind vor kurzem erhöht worden. Gießereihoheisen kostet bereits 60 Kr., Altmateriale etwa 35—40 Kr. für den Doppelzentner. Die eisenverarbeitende Industrie hofft nach Beendigung der Waffenstillstandsverhandlungen auf eine Belebung des Geschäfts, da zahlreiche Anfragen und Aufträge vorliegen, die jedoch in der Mehrzahl zurückgestellt werden mußten. (N. Fr. Pr. v. 16./2.)

**Vom Zinnmarkt.** Nach Veröffentlichung der Firma Richard & Frivald sind zur Zeit 3257 t Zinn in England an Lager oder unterwegs dorthin. Am 31./7. 1914 waren es 10 521 t. Die Gesamtmenge an verfügbarem Zinn in der ganzen Welt wird für heute auf 6388 t angegeben, während die Zahl für den 31./7. 1914 16 966 t betrug. Der Preis des Zinns, der am 31./7. 1914 135 Pfd. Sterl. je Tonne war, beträgt heute 206 Pfd. Sterl. je Tonne. Der höchste während des Krieges notierte Preis war 399 Pfd. Sterl. (Politiken, 22./2.)

**Preisänderung für Platin und Rohzink auf Kontingentschein.** In Verfolg der Bestimmungen der Bekanntmachung über die Verordnung betreffend Sparmetalle während der Übergangszeit (vgl. Angew. Chem. 31, III, 617 [1918]), wird bekanntgegeben, daß der in dieser Bekanntmachung genannte Preis für Platin von 24 M auf 18 M für je 1 g ermäßigt wird und der Preis für Rohzink von 130 M für 100 kg weiterhin nur noch für solche Lieferungen Geltung behält, welche aus Beständen der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft bzw. der von dieser Gesellschaft mit Lieferung beauftragten Lager auf Grund vor dem 1./3. 1919 ausgestellter Kontingentscheine bzw. aus solchen abgeleiteter Teilkontingentscheine erfolgen. Für Lieferung auf Grund von Kontingentscheinen, welche nach dem 28./2. 1919 ausgestellt sind, bzw. von aus solchen abgeleiteten Teilkontingentscheinen gilt bis auf weiteres der am Lieferungstage maßgebende Rohzinkpreis der Zinkhütten-Vereinigung.

**Die Lage des Monazitsandmarktes in Brasilien.** „South American Journal“ berichtet: Ein kürzlich veröffentlichter Konsulatsbericht gibt bekannt, daß der brasilianische Monazitsand, der zum größten Teil aus dem Staate Espirito Santo kommt, gewöhnlich in Rio oder Victoria gehandelt wird, nur in wenigen Fällen in den Bergwerken selbst. Vor dem Kriege war der deutsche Trust (Welsbach A.-G., Hamburg-Berlin) der einzige Käufer und beherrschte deshalb den Markt. Alle Verschiffungen wurden durch Rio-Firmen geleitet, welche Lieferungsverträge mit dem Trust hatten. Jetzt bearbeiten drei Firmen ihre eigenen Bergwerke, und zwar P. S. Nicholson & Co., H. M. Sloat und die Société Nimière, alle in Rio de Janeiro. Während der deutschen Trustperiode war der Preis in Victoria etwa 4 Pfd. Sterl. je Tonne, der Sand kam aus Orten, die 60—120 km von Victoria entfernt lagen. Gegenwärtig wird nur in dem Carapebus-Distrikt gearbeitet, aber auch in Guarapary soll die Ausbeute bald wieder beginnen. Seit einiger Zeit ist der gleichmäßige Preis etwa 4 Pfd. Sterl. 5 s. je Thoriumeinheit. Die Feststellung des Thoriumgehaltes ist nicht leicht, er schwankt zwischen  $\frac{4}{2}$ , 5 und 6%.

**Lage der thüringischen Porzellanindustrie.** Die dem Demobilisationsamt zugegangenen Berichte thüringischer Handelskammern über die Lage der Porzellanindustrie im Februar bezeichnen die Lage wegen mangelnder Kohlenzufuhr als trostlos und stellen Stilllegung der Betriebe in Aussicht. Die schon eingetretene Arbeitslosigkeit wird in den Walddörfern verhängnisvoll werden. Die Handelskammer Gera schreibt, daß die wenigen noch teilweise be-

schäftigten Betriebe zum Erliegen kommen, wenn keine Kohlen eintreffen. Die Handelskammer Rudolstadt berichtet, daß Kohlenmangel die Firmen empfindlich schädigt, obwohl sie sich zum Teil auf Holzfeuerung umgestellt haben. Fast alle Betriebe liegen wenigstens teilweise schon jetzt still. Von einer Porzellanmalerei wird aus diesem Bezirk mitgeteilt: „Die Ausfuhrmöglichkeiten sind schlecht. Der Osten verlangt keine Ware. Die Bestellungen aus Skandinavien sind so gut wie Null. Für Holland sind die Preise heute zu hoch; auch die Schweiz kann die jetzigen Preise für die Waren nicht anlegen. Eine in Eger liegende Sendung für die Türkei im Werte von 6000 M müssen wir jetzt zurückrufen.“ Die Handelskammer Altenburg teilt ebenfalls mit, daß der Kohlenmangel sich drückend bemerkbar mache. Die Porzellanfabrik Kahla mußte von Mitte November ab die tägliche Arbeitszeit auf 5 Stunden herabsetzen. Vom 20./12. ab mußte der Betrieb in der Hauptsache stillgelegt werden, wodurch 700 Arbeiter arbeitslos wurden. Seit Mitte Januar sind Kohlensendungen in beschränktem Umfange eingetroffen, so daß der Betrieb voraussichtlich mit verkürzter Arbeitszeit allmählich wieder in Gang gebracht werden kann. Die Porzellanfabrik Hermsdorf, welche elektrotechnisches Porzellan herstellt, könnte ihre Belegschaft von 750 Köpfen und die aus dem Heere zurückkehrenden, etwa 300 Leute, voll beschäftigen, muß aber infolge des Kohlenmangels die Arbeitszeit auf 3 Tage in der Woche einschränken. Wenn die Kohleneingänge in gleichem Maße wie bisher nachlassen, muß der Betrieb noch weiter eingeschränkt oder ganz geschlossen werden.

„Moniteur des Intérêts Matériels“ schildert nach „Agence Economique et Financière“ vom 11./2.19 die Schwierigkeiten der Koksfabrikation in Belgien in Anbetracht des Zustandes, in dem sich die Zechen befinden. Die Einfuhr aus dem Ausland sei gering; 150 000 t würden benötigt, während England nur 50 000 t zu 95 Fr. die Tonne anbietet, so daß der Koks einschließlich Fracht auf 130—140 Fr. käme. Zur Wiederaufnahme des Betriebes in den Hochöfen hält die Zeitung es für unabwendbar, daß Belgien deutsche Kohlen erhalte.

**Kohlenausfuhr nach der Schweiz.** Zwischen der Schweizer Bundesregierung und dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat ist ein Abkommen auf Lieferung von zunächst 30 000 t Ruhrkohlen abgeschlossen worden. Der Versand erfolgt unter Benutzung von eigenem Wagenmaterial der schweizerischen Bundesbahnen. Es finden gleichzeitig Verhandlungen wegen Erweiterung der bereits abgeschlossenen Mengen statt.

**Brasilianischer Kautschuk für Deutschland durch englische Vermittlung.** Wie ein Telegramm aus Rio de Janeiro vom 9./2. 1919 in „Popolo Romano“ vom 12./2. berichtet, hat sich in London ein Komitee gebildet, das die Ausfuhr des zur Rechnung Deutschlands und Österreichs in Brasilien lagernden Rohgummis nach diesen Ländern nunmehr erwirken will.

**Die Zuckererzeugung von Queensland von 1918/19 und 1919/20** wurde von der australischen Bundesregierung für über 60 Mill. Pfd. Sterl. angekauft, was einen Durchschnittspreis von 21,10/— Pfd. Sterl. je Tonne ergibt. 20 000 t Zucker wurden zum Vorzugspreise von 24 Pfd. Sterl. gegenüber 27,7/6 Pfd. Sterl. den Marmeladenfabriken zugeteilt, denen ein Auftrag auf 25 000 t Marmelade von den Regierungen Englands und der Ver. Staaten zugegangen war. (Board of Tr. Journ., 10./10. 18.)

**Mehr und billigeres Bier in England.** Das Kriegeskabinett hat beschlossen, das Braukontingent um 25% und die Durchschnittsschwere des Bieres um 2 Grad vom 1./1. 19 ab zu erhöhen. Zugleich wird eine neue Preisliste angekündigt, die am 24./2. 19 in Kraft treten und so wirken soll, daß das Publikum besseres Bier zu billigeren Preisen als jetzt erhält und gleichzeitig der Preis für Bier höheren Wertes und Flaschenbier begrenzt wird. Dennoch sollen die Preise so gehalten sein, daß die Brauer eine etwa eintretende Biersteuererhöhung tragen können. (Financial News vom 4./2. 1919.)

**Erhöhung der Spirituspreise.** Die Spirituszentrale hat eine Erhöhung der Spirituspreise für vergällten Spiritus und Spiritus zur Vergällung für gewerbliche Verbraucher um 40 M für 1 hl vorgenommen.

**Papiermarkt in Australien.** Der schwedische Generalkonsul in Sidney teilt mit, daß im August 23 000 t Zeitungspapier und 600 t Packpapier und anderes Papier auf Lager waren. Der jährliche Bedarf an Zeitungspapier beläuft sich auf 64 000 t und an anderem Papier auf 100 000 t. (Svensk Pappers-Tidning vom 15./2.)

**Marktlage von Kohlenenergieprodukten in England.** Die Arbeiterunruhen haben in den letzten Wochen die Erzeugung ungünstig beeinflusst, was sehr bedauerlich ist, da viele der Erzeugnisse für die Übergangswirtschaft ebenso nötig sind wie für den Krieg, und ein weiteres Sinken der Herstellung sich in der Kautschuk-, in der Farben- und der pharmazeutischen Industrie fühlbar machen muß. Im allgemeinen haben sich die Preise gut gehalten und das Geschäft würde sich bessern, wenn nicht die Arbeiterunruhen Besorgnisse erweckten. Pech in London erzielt 66—70 sh. die Tonne, und in der Provinz steigen die Preise mit den Verschiffungsmöglichkeiten; in Häfen der Ostküste beträgt der Preis jetzt 45—48, an der Westküste 44, in Manchester 42½, in Glasgow 45, in Südwest 56 sh. für die Tonne. Kreosot steigt im Wert und erzielt jetzt in London

5½ Pence für die Gallone und 4¾ Pence in der Provinz; schweres Öl 7 Pence. Toluol wird von den Farbenfabriken gern zu etwa 3 sh. die Gallone genommen, und Benzol, das jetzt für den Verkauf ganz frei gegeben ist, wird von der Automobilwelt in steigendem Maße mit Rücksicht auf Preis und Heizwert benutzt; der Großhandelspreis beträgt durchschnittlich 2½ sh. für die Gallone. Naphthalin weist keine Änderung auf, Naphthalin fester, Solventnaphthalin bei 3 sh., hochsiedendes 2¾ sh., rohes 1 sh. Cresylsäure erzielt 3½ sh. für die Gallone, aber Carbonsäure ist matt und fast unverkäuflich: rohe (60%) steht auf 1½ sh. für die Gallone und krystall. (40%) 1 sh. für das Pfund.

Die Ausfuhr von Ammoniumsulfat hat etwas zugenommen. Die Zwangswirtschaft dauert noch bis 31./3. (Economist, 22./2. 1919.)

Der kürzlich in Chile gegründete Verband der Salpetererzeuger (vgl. S. 79) läßt mitteilen, daß er bereit ist, Salpeter längs des Schiffes (f. a. s.) den spanischen Zentner zu 10 sh. 1 d. für gewöhnlichen und 10 sh. 6 d. für raffinierten abzugeben. (Financial News, 22./2. 1919.)

**Düngemittelnot in Italien.** „Il Corriere Economico“ vom 6./2. 1919 stellt fest, daß die italienische Regierung schließlich doch das richtige Verständnis an den Tag gelegt und die nötigen Schritte unternommen hat, um das Problem der Düngemittelnot insofern einigermaßen zu lösen, als sie die Belieferung der Düngemittel Fabriken sowohl mit einheimischen als auch mit ausländischen Rohstoffen, insbesondere aber mit nunmehr aus den früheren Heeresbeständen freigegebenen salpetersauren Salzen nach Kräften fördert. Hinsichtlich der Herstellung von Phosphaten, die den wesentlichsten Bestandteil der Düngemittelversorgung Italiens ausmachen, steht die italienische Regierung vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, nachdem Frankreich Vorkehrungen getroffen hat, wodurch der Ausfuhr von Phosphaten aus Tunis und Algier große Beschränkungen auferlegt worden sind. Sollten diese Ausfuhrbeschränkungen aufrecht erhalten bleiben, so würde die in Italien eingeführte Menge bedeutend geringer sein als das während des Krieges aus Tunis und Algier nach Italien ausgeführte Quantum Phosphate, das nicht einmal entfernt ⅓ des italienischen Bedarfes zu decken vermochte. Das plötzliche, unvorhergesehene Bekanntwerden der von Frankreich getroffenen Maßregeln hat nicht nur bei den Phosphatfabriken, sondern namentlich bei den Landwirten große Erregung hervorgerufen; beide haben sich zu Protestkundgebungen an das Landwirtschaftsministerium vereinigt, mit dem platonischen Ergebnis, daß dieses erklärte, sich mit der so ernsten Frage in der Hoffnung zu beschäftigen, die gerechten Forderungen der Landwirtschaft bald erfüllen zu können.

**Markt künstlicher Düngemittel (11./3. 1919).** Die Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln und Hilfs- und Ersatzstoffen gestaltet sich in diesem Frühjahr sehr schwierig. Was nach der Beendigung des Krieges an Erleichterungen eingetreten ist, ist infolge der bekannten Transportchwierigkeiten nicht zur Geltung gekommen. An den Ertrag unserer diesjährigen Ernte dürfen daher nur bescheidene Erwartungen geknüpft werden. Die Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak litt besonders unter der Ungunst der Verhältnisse. Zur Beseitigung des Mangels an Schwefelsäure sind besondere Vorkehrungen getroffen, ohne welche die Herstellung von Ammoniumsulfaten wohl noch erheblich geringer wäre. Die Zufuhr von Weißkalk nach den Kokereien war im allgemeinen auch wenig befriedigend. Die Angaben über die gegenwärtigen Vorräte von schwefelsaurem Ammoniak lauten sehr verschieden. Letztere reichen jedenfalls auch nicht annähernd zur Befriedigung des normalen Bedarfes der Landwirtschaft in diesem Frühjahr aus, weshalb diese gezwungen sein wird, mit den ihr zugeführten Mengen vorsichtig zu wirtschaften. Die Nachfrage nach freier Ware ist anhaltend sehr stark, aber die Werke haben ihre Erzeugung bis auf unwesentliche Mengen fest verschlossen. Die Gewinnung von Luftstickstoff litt ebenfalls teils unter Transportchwierigkeiten, teils unter Arbeiterunruhen und wird nach Friedensschluß, wenn die Salpeterindustrie den ungehinderten Wettbewerb in Europa wieder aufnehmen kann, auch als zu kostspielig bezeichnet. Augenblicklich sind die Preise von Salpeter zwar wesentlich niedriger als vor wenigen Monaten, aber die Werke werden bei ungehinderter Ausfuhr jedenfalls wesentlich höhere Ansprüche stellen, so daß die Herstellung von Luftstickstoff sich für uns doch wohl etwas anders ausnehmen wird. Da besetztes Gebiet in Frage kommt, so ist die Ablieferung von Luftstickstoff erst recht mit Schwierigkeiten verbunden. Außer unter Mangel an Schwefelsäure leiden die Düngemittelwerke vor allen Dingen an Rohphosphat. Vielleicht werden auch die Kalilieferungen zu wünschen übrig lassen, wenn unsere Vorräte mit zur Bezahlung etwaiger Lebensmittelzufuhren herangezogen werden sollten. Wesentliche Besserung dieser im allgemeinen trostlosen Verhältnisse haben wir in diesem Frühjahr nicht mehr zu erwarten. — Die Marktlage der bekannten Hilfs- und Ersatzstoffe hat sich während der verfloßenen vier Wochen nicht wesentlich verändert, zum Teil sind die Preise noch etwas gestiegen, da die Selbstkosten in fortwährender Steigerung begriffen sind. Die unregelmäßige Kohlenzufuhr an die Kalk-

werke verhindert diese, die Herstellung zu steigern. Die Übernahme neuer Aufträge erwies sich unter diesen Umständen als unmöglich, zumal die meisten Werke reichlich mit Aufträgen versehen sind. Statt Stückkalk für Düngezwecke wurde vielfach Kalkmergel angeboten, der in jeder Menge zur Verfügung steht und zur Düngung mit herangezogen werden muß. Bei dem vorhandenen Material können die Preisforderungen auch nicht so leicht überspannt werden, welche wie früher sehr verschieden lauteten. In Mitteldeutschland lagen die Preise je nach der Beschaffenheit der Ware zwischen 100—150 M die 10 t ab Werk. Geordnete Transportverhältnisse vorausgesetzt, kann jede Menge geliefert werden. Gemahlener kohlsaurer Düngerkalk würde in Norddeutschland etwa 220 M und in Süddeutschland 240 M die 10 t ohne Verpackung ab Werk kosten. Phosphorsäurehaltiger Braundünger, 4%, notierte den Höchstpreis von 160 M die 10 t ab Werk. Aus Mitteldeutschland war kohlsaurer Düngerkalk ferner zu 2 M für den Zentner und Kalksteindüngemehl, 95—97%, mit 4,50 M der Zentner angeboten. Westfälischer Stückkalk für Düngezwecke sollte im Großhandel 360—430 M die 10 t ab Werk kosten. Aus benachbarten Gebieten wurden ähnliche Preise genannt. Der Preis für gemahlenen Kalkmergel belief sich hier bis auf 180 M die 10 t ab Werk. Gemahlener schwefelsaurer Kalk kann zu 250 M die 10 t durch Vermittlung des Handels bezogen werden.

Die Salpeterindustrie erwartet eine Besserung ihrer Lage erst nach endgültigem Friedensschluß und setzt damit anscheinend ihre ganze Hoffnung darauf, daß dann Deutschland wieder die Bezüge in der alten Höhe aufnehmen wird. Das ist zum mindesten zweifelhaft, solange der Frachtraummangel nicht endgültig behoben ist. Der Markt steht anscheinend noch immer unter der Kontrolle der Alliierten, Verkäufe finden nicht statt, sondern die Alliierten suchen die von ihnen zu hohen Preisen noch abzunehmenden Mengen an die Neutralen abzusetzen, was bei der überall herrschenden Düngemittel- und Frachtraummangel natürlich ein Leichtes ist. Verkäufe würden die Werke heute zu etwa 10 sh. bis 10 sh 6 d. das Quintal fob. Chile abschließen, wobei die meisten Werke angeblich immer noch einen angemessenen Nutzen erzielen. Statt des bisherigen Ausfuhrzoll, der die ungünstig arbeitenden Werke verhältnismäßig mehr als die anderen belastet, soll eine Einkommensteuer eingeführt werden, um die Lasten gerechter zu verteilen.

—m.

**Vom Petroleummarkt (11./3. 1919).** Über die Reorganisation der Einfuhr und des Geschäfts mit Erdöl und Erdölzeugnissen nach Friedensschluß ist bisher bei uns nur wenig gesprochen worden, und doch wäre es wichtig genug, wenn die Vorarbeiten hierfür möglichst bald in die Hand genommen würden, falls dies bisher noch nicht geschehen sein sollte. Unsere Abhängigkeit vom Auslande zwingt uns, frühzeitig den Bezug von Benzin, Petroleum und der sonst hier in Betracht kommenden Stoffe neu in die Wege zu leiten, um nach Friedensschluß von anderen Verbrauchsländern nicht überholt zu werden. Wenn die berufenen Körperschaften sich hier nicht rechtzeitig regen, so besteht die Gefahr, daß wir auch im nächsten Winter noch mit einer Petroleumnot zu kämpfen haben, da in allen Ländern großer Bedarf zu befriedigen ist, wir aber wohl erst an letzter Stelle berücksichtigt werden. Benzol für Leucht- und Motorenzwecke war auch in diesem Berichtsabschnitt gut gefragt, wogegen die Erzeugung aus gleichen Gründen wie solche von schwefelsaurem Ammoniak sich nicht voll entfalten konnte. Im freien Verkehr mit Benzol begegnet man Preisen, welche mit den bestehenden Bestimmungen stark in Widerspruch stehen. Mit der Anpreisung von Petroleumersatz wird offenbar viel Mißbrauch getrieben, weshalb den Käufern größte Vorsicht nur dringend empfohlen werden kann. Hin und wieder werden für diesen sogenannten Petroleumersatz Preise von etwa 5 M das Kilogramm gefordert, welche auch nicht annähernd gerechtfertigt sind. Wachskerzen als Leuchtmittel tauchten hier und da im Verkehr auf, Wachselbst ist bekanntlich sehr knapp und wird nach wie vor öffentlich bewirtschaftet. Für gelbes Bienenwachs schwanken die heutigen Preise zwischen 18—20 M das Kilogramm. Die Stimmung für Paraffin und Ceresin im freien Verkehr war im großen und ganzen unverändert fest und die Nachfrage nach diesen Erzeugnissen sehr rege, das Angebot jedoch wie früher klein. Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlengbiet hat die Gewinnung dieser Stoffe neuerdings erst recht ungünstig beeinflusst, so daß die Versorgungsverhältnisse sich zunächst weiter verschlechtern müssen. Vermutlich werden infolgedessen auch die Preise im freien Verkehr zunächst noch teurer werden. Die gebotenen und geforderten Preise bewegen sich zwischen 16—20 M das Kilogramm, während die Verbraucher mit den Ersatzmitteln im allgemeinen nicht viel anzufangen wissen. Ob uns nennenswerte Mengen aus Böhmen, Galizien, Rumänien in nächster Zeit zufließen werden, ist noch sehr zweifelhaft. Die unter verschiedenen Bezeichnungen angebotenen Ersatzmittel waren auch sehr verschiedenartig bewertet. Hartparaffin, dunkel, würde etwa 7,50 M das Kilogramm kosten. Für Ozokerit wurden in den letzten Wochen vielfach auch wieder höhere Preise gefordert. Vor einiger Zeit wäre solches zu 6—7 M das Kilogramm zu kaufen gewesen, heute werden indessen 8—9 M das Kilogramm verlangt, Untergeboten Schwierig-

keiten aber wohl kaum gemacht. Weniger groß war das Angebot auf Carbid im freien Verkehr, dessen Verbrauch während des Krieges auch in der Kleinbeleuchtung mehr und mehr in Aufnahme gekommen ist. Carbid kostete 160 M die 100 kg. Für zahlreiche mineralische Schmiermittel waren genaue Preise nicht genannt. An den früheren Preisen wurde im allgemeinen festgehalten.

An den amerikanischen Märkten sind die nicht unwesentlich erhöhten Kurse unverändert geblieben. Trotz der Beendigung des Krieges sind die Ansprüche, welche an die Lieferung von Benzin und Petroleum gestellt werden, unverändert groß, und die Raffinerien rechnen damit, daß es ihnen nach Friedensschluß im Verkehr mit Europa nicht möglich sein wird, allen Lieferungsansprüchen zu genügen. Die Bohrtätigkeit wird in den amerikanischen Erdölgebieten eifrig betrieben. Die großen Ansprüche, welche an Nordamerika wegen der Lieferung von Erdöl und Erzeugnissen gestellt werden, werden höchstens ein bis zwei Jahre nach Friedensschluß anhalten, dann aber wird mit allgemeiner Entspannung am Weltmarkt wohl mit einiger Sicherheit gerechnet werden können. Alle Bemühungen weiter Verbraucherkreise in der Union, die Regierung zu energischen Maßnahmen bezüglich des Abbaues der hohen Preise endlich zu bestimmen, sind auch bisher erfolglos geblieben. Die Versuche hierzu werden nicht ernst genommen. Am New Yorker Markt kostete wie früher raffiniertes Petroleum in Cases 20,25, Petroleum Standard white 17,25, Petroleum in Tanks 9,25 und pennsylvanisches Rohöl 4 Doll.

Der englische Markt beansprucht für uns deswegen besonderes Interesse, weil nach ziemlich bestimmter lautenden englischen Meldungen in England ergiebige Petroleumquellen entdeckt worden sein sollen, was auf die Marktlage in naher Zukunft natürlich nicht ohne Einfluß bleiben würde. Am Londoner Markt waren die Preise bisher unverändert. Gewöhnliches amerikanisches Petroleum notierte 1 sh. 4½ d. und raffiniertes 1 sh. 5½ d. die Gallone. Englisches Kapital wird sich in weitem Maße in der rumänischen und böhmischen Erdölindustrie betätigen und andere Einflüsse dort tunlichst zu verdrängen suchen. Dieser Umstand wird unsere Versorgung erheblich erschweren und die Preise jedenfalls verteuern.

—p.

**Bedrohliche Lage in der galizischen Petroleumindustrie.** Durch die Grenzsperrung des polnischen Staates steht die Petroleumindustrie Westgaliziens vor dem Zusammenbruch. Die Steigerung der den Erzeugungskosten entsprechenden höheren Preise gewährt keinen Vorteil, da die verschwundene österreichische Regierung für das ihr gelieferte Rohöl nicht mehr aufkommt, die polnische Regierung aber noch nicht zahlt. Die geförderten Petroleummengen können wegen des Mangels an Behältern nicht eingelagert werden, die Raffineure verweigern die Übernahme des zugewiesenen Rohöls. Raffineure und Rohölherzeuger haben das gemeinsame Interesse, daß die Grenzen geöffnet werden und die verschwundenen oder noch bestehenden Regierungen mit Zahlungen beginnen.

ar.

**Von den Eisenmärkten.** Ein Bild von der Lage des westdeutschen Eisenmarktes gibt der Bericht, der in der Hauptversammlung des Roheisen-Verbandes am 21./2. erstattet wurde. Danach ist die Nachfrage nach Roheisen seitens der Martinwerke ziemlich gering, da diese Werke wegen Kohlenmangel und aus sonstigen Gründen mit erheblichen Einschränkungen arbeiten. Dagegen ist die Nachfrage nach Hämatit- und Gießereiroheisen seitens der Eisengießereien außerordentlich lebhaft, so daß verschiedene Hüttenwerke die auf Stahlroheisen gehenden Hochöfen auf Gießereiroheisen umsetzen mußten. Trotzdem war es nicht möglich, alle Anforderungen der Gießereien ganz zu befriedigen; jedoch ist dies weniger auf die eingeschränkte Roheisenerzeugung als auf die andauernden Verkehrsschwierigkeiten und Gütersperren zurückzuführen, die die Belieferung verschiedener Absatzgebiete zeitweise ganz unmöglich gemacht haben. Auch die Sperrung des Roheisenlandes von dem besetzten Gebiete in das unbesetzte Gebiet wirkt sehr störend auf die Versorgung der Gießereien ein. In der zweiten Hälfte des Monats war eine kleine Besserung in der Wagengestellung bemerkbar, und man konnte auf eine bessere Versorgung der Roheisenabnehmer hoffen; leider aber konnte es bei den wieder eingetretenen Arbeiterschwierigkeiten nicht ausbleiben, daß die Hochöfenwerke ihre Erzeugung weiter erheblich einschränken mußten.

Auf die außerordentlich große Bedeutung der Minettebelieferung aus Lothringen für die rheinisch-westfälische Hochöfenindustrie ist erst kürzlich an dieser Stelle hingewiesen worden. Wie Bergrat Vögler, der Generaldirektor der Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hütten-A.-G., unlängst in der Nationalversammlung in Weimar ausführte, standen (etwa Mitte Februar) schon 21 Hochöfen in Rheinland-Westfalen wegen Minette-mangel still, und ihre Zahl ist inzwischen nicht kleiner geworden. Was dies in wirtschaftlicher Beziehung bedeutet, wieviel Arbeiter auch in anderen Gewerbszweigen beschäftigungslos werden, scheinen weite Kreise der Herren Abgeordneten zur Nationalversammlung nicht zu wissen — oder sie wollen es nicht wissen! Wenn die Hochöfenwerke stillstehen, müssen die Stahlwerke binnen kurzem nachfolgen, und von ihrer Erzeugung hängen doch zahllose deutsche Industriebetriebe ab. — Wie an dieser Stelle schon erwähnt, hat der Leiter der französischen Unterhändler,



General Gaillard, die Lieferung von Minette abhängig gemacht von den ausreichenden Lieferungen von Koks und Kohle in die besetzten Gebiete gemäß den Waffenstillstandsbedingungen. Infolge der immer wieder auflebenden Ausstände, der wesentlich verschlechterten Betriebsbedingungen auf den Zechen, der verkürzten Arbeitszeit und der erheblich gesunkenen Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters kann man es wohl als gänzlich ausgeschlossen bezeichnen, daß die geforderte Brennstoffmenge auch nur annähernd in die besetzten Gebiete versandt werden kann; im Januar wurde nur etwa ein Drittel der französischerseits geforderten Menge geliefert.

Noch trauriger ist die Lage der Siegerländer Eisenindustrie; nachdem ihr durch die Besetzung des linken Rheinufers die Zufuhr der für ihre Martinwerke notwendigen rheinischen Braunkohle abgeschnitten war und ihr auch als Ersatz keine Ruhrkohle seitens des Kohlsyndikates geliefert werden konnte, war sie zum Erliegen verurteilt. Da auch die Stahllieferungen der südwestdeutschen Werke durch die Besetzung fortfielen, so mußten auch die Walzwerke wegen Mangels an Halbzeug stillgelegt werden. Nur wenige Hochöfen und einzelne kleine Walzwerke können hin und wieder einen Tag arbeiten, in der Hauptsache aber müssen alle feiern. Es ist klar, daß man endlich zu Arbeiterkündigungen in großem Maßstabe übergehen mußte. — Auch die Kokslieferungen, mit denen man während des Krieges das Siegerland so reichlich bedachte, sind zu gering, um einen ordnungsmäßigen Betrieb der Hochöfen möglich zu machen. Die Roheisenerzeugung des Siegerlandes ist denn auch stark zurückgegangen, sie betrug (Mitte Februar) kaum 30% der Erzeugung im Kriege. Auch die Arbeiterfrage ist für den Siegerländer Hochofenbetrieb sehr schwierig, da einheimische Arbeiter für die Hochofenarbeit nur schwer zu haben sind und die früher herangezogenen Ausländer (Italiener) jetzt nicht mehr in Betracht kommen. — Die Siegerländer Gruben können ebenfalls nur sehr eingeschränkt arbeiten, weil Wagen zur Abfuhr fehlen. Dadurch wird verschiedenen, besonders rheinisch-westfälischen Hüttenwerken, die den Siegerländer Spateisenstein als Manganträger notwendig brauchen, ein unentbehrlicher Rohstoff entzogen, andererseits müssen die Siegerländer Spateisensteingruben ihre Förderung erheblich einschränken, weil sie kein Erz mehr auf Lager nehmen können. Ein großer Teil der Siegerländer Gruben leidet auch an Sprengstoffmangel, da aus dem besetzten Gebiete Sprengstoffe nicht ausgeführt werden können. Die Lohnbewegung und die sonstigen Arbeiterverhältnisse haben sich in ruhigeren Bahnen bewegt als im Ruhrrevier; die Löhne bei den Erzgruben sind nur um geringe Prozentsätze (etwa 15%) erhöht worden. — Die Nassauer Eisensteinpreise stellten sich (Mitte Februar) auf 32 M für 45% igen Eisenstein; für Siegerländer Rohspat steht dagegen der Preis auf 38,50 M und auf 54 M für Rostspat.

Mit Wirkung vom 15./2. sind inzwischen auch die Preise für Temperguß um 25 M für 100 kg erhöht worden. — Für Walzdraht und Drahterzeugnisse waren Mitte Februar die Preise um 100 M für 1 t erhöht worden; eine weitere Preiserhöhung für Drahtstifte hat — entgegen der Meldung verschiedener Fach- und Tagesblätter — seitdem nicht stattgefunden. Dagegen sind in der Versammlung der Schrotthandelsverbände am 25./2. neue Schrottpreise festgesetzt worden. — Vermerkt sei hier eine Meldung, daß (Anfang März) zwischen dem Reichsverwertungsamt und den Schrotthandelsverbänden verhandelt wurde wegen Abgabe von rund 1 Million t Granaten zum Einschmelzen — auch ein Zeichen der Zeit und der Wirtschaftsnöte. Ob diese Million t Granatenhüllen nicht durch Verkauf an eine ausländische Macht gewinnbringender hätte verkauft werden können, ist eine Frage, die vielleicht aber nicht aufgeworfen wird, weil man bei uns mit derartigen Geschäften recht schlechte Erfahrungen gemacht hat; ging doch gegen Ende Februar durch die Presse die Nachricht, der Stahlwerksverband A.-G. in Düsseldorf hätte gegen die Osmanische Regierung in Konstantinopel Klage erhoben auf Zahlung von 1,5 Mill. M für Lieferungen, die deutsche Eisenwerke noch im Sommer 1918 an die türkische Regierung ausgeführt haben, deren Bezahlung unser früherer Bundesgenosse aber trotz wiederholter Mahnungen abgelehnt hat.

Recht unangenehm ist den beteiligten Kreisen auch, daß die Frachten für Eisen vom Ruhrbezirk nach Dänemark, die erst vor kurzem beträchtlich erhöht worden waren, neuerdings weiter verteuert worden sind durch die Einführung von Frachtzuschlägen zugunsten der dänischen Bahnen; diese Zuschläge werden mit Geltung vom 25./2. ab also neben der direkten Fracht und den deutschen Zuschlägen erhoben. Während vor dem Kriege die Tonnenfracht von Oberhausen nach Kopenhagen für Roheisen, Eisenbahnmateriale usw. 15,80 M kostete, stellt sie sich jetzt auf 21,20 M und wird vom 1./4. ab, wenn der neue 60% ige Zuschlag erhoben werden wird, auf 34,20 M steigen, was eine Erhöhung um 120% bedeutet.

Für die oberschlesischen Eisenhütten sollten nach Zeitungsmeldungen noch reichliche Erzvorräte für mehrere Monate vorhanden sein; einmal sollten in den Umschlaghäfen und auf den Werken noch bedeutende Lager sein, dann aber sollte ihnen in kurzer Zeit auch wieder der Weg zum Bezuge der Rasenerze aus Mitteldeutschland (Hannover usw.) frei sein. Hiergegen wendet sich der

Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, indem er folgenden ausführt: „Es ist nicht richtig, daß sich in den Umschlaghäfen und bei den Werken noch Erzvorräte für mehrere Monate befinden. Im Gegenteil herrscht bei den Werken große Knappheit an Erzen. Wenn weiter gesagt wird, daß der Transportweg für Rasenerze nach Mitteldeutschland und Hannover in kurzer Zeit wieder freigegeben sein würde, so nützt die Freigabe nichts, wenn es an Lokomotiven und Wagen für die Beförderung fehlt. Im übrigen spielen die Erze eine untergeordnete Rolle, da der Erzbezug aus Schweden und der Ukraine unterbunden ist und Verhandlungen mit Österreich zu keinem greifbaren Resultat geführt haben, also gerade die Quellen hochwertiger Erze, auf die es tatsächlich ankommt, für Oberschlesien verstopft sind. So ist leider die Erzversorgung der oberschlesischen Eisenindustrie durchaus nicht gesichert.“ — Recht trübe sieht es auch mit den Ausfuhraussichten der oberschlesischen Eisenindustrie aus. Zwar laufen von allen Seiten Neubestellungen ein, aber die alten Aufträge sind noch lange nicht erledigt. Verschiedene Anfragen des neutralen Auslandes mußten jedoch ablehnend beantwortet werden, da die Preise, die bei der Ausfuhr erzielt worden wären, sich als nicht lohnend erwiesen. Sie mußten, um mit unseren Gegnern bereits in Wettbewerb treten zu können, recht niedrig gestellt werden. Gern hätte man sich mit einem ganz minimalen Verdienste begnügt, schon um die wertvollen früheren Beziehungen zum neutralen Auslande aufrechtzuerhalten, aber selbst dann waren die Preise noch zu hoch, so daß die Verhandlungen jedesmal scheiterten, selbst wenn bestimmte Lieferfristen zugesagt und eingehalten werden konnten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eben unsere Eisenindustrie auf dem Weltmarkte nicht konkurrenzfähig. Jedenfalls kann an eine Hebung des schon während des Krieges stark beschränkten Ausfuhrgeschäfts nicht gedacht werden.

Die lothringische Eisenindustrie ist unter der französischen Herrschaft sehr zurückgegangen. Die zur Überwachung bestellten Offiziere haben zum Teil ohne Rücksicht auf Anordnungen der Werksleitung in den Betrieb willkürlich eingegriffen, alte (deutsche) Arbeiter entlassen und zahlreiche neue (französische, lothringische, elsässische oder verbündete Staatsangehörige) Arbeiter eingestellt. Darunter hat aber nicht nur — was selbstverständlich ist — der ganze Betrieb gelitten, sondern auch die Stimmung der deutschen Arbeiter. Dazu kam die Beschäftigungslosigkeit der lothringischen Hüttenwerke infolge Mangel an Koks und die Forderung der französischen Regierung, die Arbeiter voll zu bezahlen und keine Feierschichten einzulegen. Die Rombacher Hüttenwerke hatten (nach einem ausführlichen Bericht der „Rhein.-Westf. Ztg.“) in der zweiten Hälfte des Februar einen Hochofen im Betriebe, der aber nicht als Eisenerzeuger, sondern als Gaserzeuger arbeitete, um auch Gas für die Stromversorgung der Gruben von Homécourt, für die eigenen Gruben und für den Kreis Metz zu liefern. — Die Erzförderung mußte infolge des Stillstandes der Werke stark eingeschränkt werden, da wegen der großen Erzvorräte weitere Mengen Erz nicht mehr abgestürzt werden konnten — die Bestände der deutschen Werke an Rohstoffen, Roheisen, Halbzeug und Fertigfabrikaten mußten gleich in den ersten Tagen der Besetzung aufgenommen werden. Inzwischen sind Vertreter der Comptoir d'exportation des produits metallurgiques in Paris auf den Werken gewesen und haben die Bestände an Halbzeug und Fertigfabrikaten in Augenschein genommen. Sämtliche Produkte dürfen nur mit Einwilligung der Überwachungsoffiziere verkauft werden, und zwar für Elsaß-Lothringen durch die Werke selbst und nach Frankreich durch das Comptoir. Die Preise für Stabeisen ohne Überpreis wurden mit etwa 600 Fr. angegeben; Mittelbleche sollen in Frankreich zur Zeit 1200 Fr. kosten, für Träger wurden im Oktober 800 Fr. gezahlt. Wahrscheinlich wird nach den Angaben der französischen Regierung der Erlös aus den Verkäufen nicht den Werken in bar gezahlt werden, sondern als Requisition betrachtet werden. Wth.\*\*

## Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Ein Kupferausfuhrverband in den Vereinigten Staaten (vgl. Angew. Chem. 31, III, 621 [1918]) ist als alleinige Verkaufsstelle für den Verkauf von Ausfuhrkupfer gegründet worden, in dessen Vorstand die bedeutendsten Kupfergesellschaften vertreten sind. — John D. Ryan, der Vorsitzende der Anaconda Copper Mining Co., sprach sich laut Mining and Scientific Press (San Francisco) folgendermaßen über den Verband aus: Der Verband beruhe auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Ein Kapital soll er nur nominell haben. 250 000 Doll. Vorzugsaktien sollen den Erzeugern pro rata angeboten werden und 7% Dividende erhalten. Die Stammaktien sollen keinen Norm- oder Marktwert haben; von den 500 vorgesehenen solchen Aktien soll jeder Erzeuger, der sich anschließt, eine erhalten und dadurch ein Stimmrecht mit einer Stimme für jede in den zwölf Monaten vor der Abstimmung erzeugte Menge von 500 t. Der Anschluß soll jedem kleinen Erzeuger unter den gleichen Bedingungen wie den großen gestattet sein, was allen behördlichen Anforderungen

genügen muß. Jeder Gewinn, der über die Vorzugsdividende und die Rückzahlung des Vorzugskapitals hinaus gemacht wird, soll den Herstellern im Verhältnis ihres Ausfuhrabsatzes gutgebracht werden. Es sollen Durchschnittsmonatspreise errechnet werden, und jeder Erzeuger soll genau den gleichen Preis im Jahre für sein Erzeugnis erhalten, so daß Umfang und Lage irgendeines beteiligten Unternehmens ihm keinen Vorteil verschafft. (Fin. News, 20./2. 19.) *Ec.\**

**Die Ätznatronfabrikanten in den Vereinigten Staaten** wollen sich zusammenschließen, um das Auslandgeschäft intensiver betreiben zu können. (Oil, Paint and Drug Reporter.) *u.\**

**Verständigung zwischen dem amerikanischen und dem niederländischen Petroleumtrust.** Nach ausländischen Blättern haben die beiden weltbeherrschenden Petroleumgruppen, nämlich die amerikanische Standard Oil Company und die niederländisch-englische Royal-Dutch (Königl. Niederländische Petroleum-Gesellschaft und Shell Transport Company), die sich vor dem Kriege heftig bekämpften, vor einiger Zeit ein Preisabkommen getroffen, das naturgemäß auch zu einer Erhöhung der Petroleumpreise geführt hat. Bei der gegenwärtigen und wahrscheinlich noch lange dauernden Ausschaltung der russischen Naphthaindustrie vom Weltmarkt, bei der Schwächung der rumänischen und galizischen Erdölindustrie ist die Verständigung der beiden großen Konzerne gleichbedeutend mit der Errichtung eines Weltmarktmonopols. Damit dürfte auch die Periode der gegenseitigen Preisunterbietungen vorüber sein, mit denen namentlich die Standard Oil Company auch in Deutschland gearbeitet hat, nicht um den Verbrauchern entgegenzukommen, sondern um die Konkurrenz so weit zu schwächen, daß sie das Feld räumt oder sich mit der Standard Oil Company verständigt. Eine solche Verständigung mit der größten Konkurrenzgesellschaft auf dem Weltmarkte, nämlich der Royal Dutch, scheint jetzt gelungen zu sein, und es bleibt nun abzuwarten, ob und wie lange sie auch in der Friedenswirtschaft haltbar bleiben wird. Die Preise für Petroleum sind während des Krieges erheblich gestiegen, und wenn jetzt der große Bedarf für Armee und Marinezwecke fortfällt, so würde ebenso wie bei anderen amerikanischen Rohstoffen ein Preisrückgang unter natürlichen Umständen unausbleiblich sein. Diesem Preisrückgang soll offenbar das Bündnis mit der niederländischen Gruppe vorbeugen. *on.*

**Syndikatsbildung in der französischen Gasindustrie.** Nach „L'Information“ vom 15./2. sind zur Zeit in der Gasindustrie zwei Syndikatsbildungen im Gange. Die erste, mit einem Kapital von 5 Mill. Fr., das noch verdoppelt werden kann, hat hauptsächlich die Unterstützung der kleinen Fabriken in Nord- und Ostfrankreich bei ihrem Wiederaufbau zum Ziel, da der Betrieb dort infolge der Kohlennot außerordentlich schwierig geworden ist. Das Syndikat hat von großen Kreditgesellschaften die Zusicherung der Kreditgewährung im großen Maßstab empfangen. Das zweite Syndikat beabsichtigt, den Kohleneinkauf gemeinsam durchzuführen, um dadurch die Produktionskosten der einzelnen Fabriken niedriger zu gestalten. *on.*

Durch den **Zusammenschluß sämtlicher Zuckerraffinerien Finnlands** ist die Gesellschaft Finska Socker A/B. (Suomen Sokeri O. Y.) mit einem Aktienkapital von 50 Mill. fmk in Helsingfors gegründet worden. (Mercator vom 10./1. 1919.) *dn.*

Unter der Firma „**Zentraleinkauf für die Papierindustrie, G. m. b. H.**“, Wien, hat sich unter dem Einfluß des Deutsch-österreichischen Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie ein Unternehmen gebildet, das sich als Organ des Verbandes mit der Versorgung der Papierindustrie mit den zur Erzeugung von Papier erforderlichen Roh- und Halbstoffen und Fabrikationsmitteln sowie allen Bedarfsartikeln, welche die Betriebsführung zu fördern geeignet sind, befaßt. Das Stammkapital beträgt 4,051 Mill. Kr., wovon 1 012 750 Kr. eingezahlt sind. (Zentralbl. f. d. Papierind. vom 15./2. 1919.) *ar.*

**Vereinigte rheinisch-westfälische Tafelglashütten in Saarbrücken.** In der letzten Mitgliederversammlung ist der Beschluß gefaßt worden, den Verband bis zum Jahre 1924 zu verlängern, mit der weiteren Bestimmung, daß darüber hinaus eine Verlängerung für die Dauer von jedesmal 6 Jahren eintreten soll, falls eine Kündigung bis zur Jahresmitte des letzten Vertragsjahres nicht erfolgt. Der Sitz der Gesellschaft ist von Sulzbach nach Saarbrücken verlegt worden. *ar.*

## Aus Handel und Industrie des Auslandes.

### Allgemeines.

**Schweiz. Wiederaufnahme des Außenhandels.** Die Schweizerische Depeschagentur erfährt von gut unterrichteter Seite, daß voraussichtlich in wenigen Wochen die Ausfuhrbeschränkungen für die schweizerischen Industrien zum mindesten sehr stark gemildert, wahrscheinlich aber fast ganz aufgehoben werden. Die Transitformalitäten bei Versendungen nach dem Norden sollen in Kürze vereinfacht werden. — So erfreulich diese Meldung an sich auch ist, muß man sich doch hüten, allzu große Erwartungen hieran zu knüpfen. Einzelne Schweizer Industrien, vor allem die Textilindustrie,

haben gerade in der letzten Zeit vielfach erklärt, daß ihre Lagerbestände äußerst klein sind, so daß sie kaum genügen, den Inlandsbedarf zu decken. *on.*

**Der Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Norwegen und den Vereinigten Staaten** vom 4./7. 1827 wurde seinerzeit von Amerika mit Wirkung vom 2./2. 1919 gekündigt. Da sich bei dem Abschluß eines neuen Vertrags mit den Vereinigten Staaten innerhalb dieser Frist gewisse Schwierigkeiten ergaben, schlug die Norwegische Regierung vor, daß der gekündigte Vertrag vorläufig verlängert werden solle, doch wurden gewisse Bestimmungen, nämlich Artikel 13 und 14 des Vertrags, die der neueren amerikanischen Seemannsgesetzgebung hindernd im Wege standen und von Amerika nicht erneuert werden konnten, ausgenommen. Die Amerikanische Regierung hat sich bereit erklärt, in eine Verlängerung des Vertrags einzuwilligen. Der auf diese Art vorläufig erneuerte Vertrag hat mit dem besonderen norwegisch-amerikanischen Handelsabkommen vom 10./5. 1918 (Angew. Chem. 31, III [1918]) nichts gemein und berührt daher auch die Zufuhr von Waren aus Amerika nach Norwegen nicht. Der Vertrag enthält lediglich allgemeine Bestimmungen über Schifffahrt und Handel zwischen den beiden Ländern. Nicht nur von Amerika, sondern auch von anderen in handelsvertraglicher Beziehung zu Norwegen stehenden Mächten, nämlich England, Frankreich, Spanien und Rußland sind die entsprechenden Verträge bereits gekündigt worden, so daß Norwegen sich zur Zeit, abgesehen von dem eben verlängerten Handels- und Schifffahrtsverträge mit Amerika, in einem handelsvertragslosen Zustande zu fast sämtlichen Großmächten befindet. Dieser Zustand wird jedoch voraussichtlich nur von vorübergehender Dauer sein, da die norwegische Regierung bereits eine Kommission eingesetzt hat, deren Aufgabe in der Prüfung, Vorbereitung und Abfassung neuer Handelsverträge zwischen Norwegen und den genannten Mächten besteht. *on.*

**England. Industrielle Forschungen.** Im Zusammenhang mit dem Regierungsprojekt „Industrieller Forschungen“, für das 1 Mill. Pfd. bewilligt worden ist, hat der Forschungsverband, dessen Bureau sich in London, Westminster Great George Street 15 befindet, eine veränderte Auflage seiner Broschüre „Research Association“ erscheinen lassen, die auf Verlangen abgegeben wird. Bei den Änderungen handelt es sich in der Hauptsache um „das geistige Eigentum an den Ergebnissen der Forschung“; sie sollen die Absichten der Regierung deutlicher machen und der Industrie die denkbar größte Autonomie sichern. („Fin. News“ vom 1./3. 1919.) *Ec.\**

**Handel und Industrie gegen die Einmischung des Staates.** Wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ vom 1./3. nach dem „Daily Chronicle“ mitteilt, ist es auf einer großen Versammlung, die von der Londoner Handelskammer geleitet wurde, zu scharfer Stellungnahme von Handel und Industrie gegen die Hemmungen, die dem Wirtschaftsleben durch den Staat bereit werden, gekommen. Es sei infolge dieser Staatseinmischung unmöglich, große Geschäfte zu unternehmen, während im Ausland, sowohl in den Vereinigten Staaten von Amerika als auch in Japan der Unternehmungsgeist viel weniger durch die Regierung behindert werde. Sofern nicht schleunigst für die englischen Firmen die gleichen Bedingungen geschaffen würden, könnten die Folgen für den englischen Handel, namentlich mit Indien und China, sehr ernste sein. *on.*

**Frankreich. Einspruch gegen ein Alkoholverbot in Finnland.** Der französische Konsul überreichte namens seiner Regierung eine Denkschrift, worin gegen das Inkrafttreten des beschlossenen Alkoholverbots am 1./6. Einspruch erhoben wird. Die französische Regierung teilt mit, daß Spanien, Portugal und Italien den gleichen Standpunkt einnehmen. Der Schritt ist, wie ähnliche Schritte bei der Regierung Norwegens und Schwedens, durch Ausfuhrinteressen des französischen Weinbaus diktiert. *on.*

### Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

**Britisch-Kolumbien. Die Manganzufunde auf Vancouver Island** haben sich zufolge den Berichten des dortigen Hauptingenieurs als von größter Bedeutung erwiesen. In den verschiedensten Erzproben wurde zwischen 15,88 und 52,60% Mangan gefunden, bei den meisten Proben über 40%. (Iron and Coal Trades Review vom 31./1. 1919.) *ll.*

**Phosphatfunde auf Java.** Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ sind im Gebiet von Cheribon ausgedehnte Phosphatlager entdeckt worden, deren Qualität dem deutschen Phosphat nicht nachstehen soll. *on.*

**England. Die schottischen Antimonerzgruben** in Glendinning in Dumfriesshire werden von einem Syndikat neu erschlossen, nachdem sie etwa 30 Jahre lang stillgelegen haben. Die Qualität des Antimons soll sehr gut sein. (Chem. Trade J. Nr. 1653.) *u.\**

**Griechenland. Petroleumvorkommen.** Nach dem Bericht eines französischen Ingenieurs sind in Griechenland Petroleumfelder festgestellt, die als eine Fortsetzung der rumänischen anzusehen sind. Die griechische Regierung hat sich mit Versuchsbohrungen einverstanden erklärt, die von einer englisch-griechischen Gruppe unter starker Beteiligung der griechischen Regierung vorgenommen werden sollen. („Near East“ vom 14./2. 19.) *on.*

**Schweden.** In den Kreisen schwedischer Industrieller wird, laut „Göteborgs H. och Sjöf. T.“ vom 18./2., neuerdings die Verlegung des Mittelpunktes der schwedischen Eisenindustrie an die Westküste in das Zentrum des Konsumgebietes, durch **Errichtung eines neuen großen Eisenwerks bei Göteborg**, lebhaft erörtert. Die Erze aus den mittelschwedischen Gruben sollen nach Südschweden, wo die eisenverbrauchende Industrie besonders hoch entwickelt ist, transportiert und dort gleich verarbeitet werden, wobei besonders berücksichtigt wird, daß die Süd- und Westküste Schwedens für ausländische Kohlenladungen leichter zugänglich sind. Es wird angenommen, daß der Brennstoffbedarf des neuen Eisenwerkes durch die Abhängigkeit der Kohle herstellenden Länder von der schwedischen Erzausfuhr zu solchen Bedingungen beschafft werden kann, daß das Werk mit dem Auslande zu konkurrieren vermag. *ar.*

**Norwegen. Wiederaufnahme des Betriebes von Nickelgruben.** Der Betrieb in den Nickelgruben in der Provinz Smaalenene, der während der letzten Jahre geruht hat, soll, lt. Farmand vom 22./2. 19, in Kürze wieder aufgenommen werden. Es wird beabsichtigt, Nickelhartgeld in Norwegen einzuführen, weshalb mit einem großen Bedarf an diesem Metall in nächster Zeit zu rechnen ist. *on.*

**Ungarn.** Die Regierung hat die Eisenkommission aufgelöst und an deren Stelle einen **Eisenwirtschaftsrat** eingesetzt, in welchem die Hersteller und Verbraucher Sitz und Stimme haben. Aufgabe der neuen Institution ist es, die Erzeugung den wechselnden Verhältnissen entsprechend zu überwachen und zu leiten. Die Aufteilung des Rohmaterials hat aufgehört; somit wurde der Eisenverkehr frei gemacht. Die neue Verfügung hat bisher nur einen akademischen Wert, da die Betriebe in den nicht besetzten Gebieten fast ausnahmslos sistiert sind. Ungarn verfügt zur Stunde auch nicht über eine einzige Eisenerzgrube, von den Walzwerken sind Diosgyör, Rimamurany, die Werke Manfred Weiß und Dr. Liptak nicht besetzt. (Roni Spar.) *u.*

— **Kohlenförderung.** Da die Fabriken die Arbeiter infolge Kohlenmangels nicht beschäftigen können, hat die Regierung die Arbeiter, die bisher die sogenannte Kohlenunterstützung erhalten haben, auf verschiedene ihr zur Verfügung stehende Kohlenbergwerke verteilt. Die Förderung hat sich seitdem wesentlich gehoben. Es ist sicher, daß nunmehr auch eine Besserung im Verkehr der Staatsbahnen eintreten wird. (N. Fr. Pr. v. 16./2.) *on.*

— **Bohrungen nach Erdgas.** Die Ungarische Regierung wird in der nächsten Zeit mit Bohrungen in der ungarischen Tiefebene, hauptsächlich in der Umgebung von Kecskemet, beginnen, um die nach Ansicht von Geologen dort befindlichen großen Erdgasquellen zu erschließen. Die hierzu notwendigen Bohrmaschinen werden in der ungarischen Kanonenfabrik in Raab erzeugt. (N. Fr. Pr. v. 16./2. 19.) *on.*

## Chemische Industrie.

**Vereinigte Staaten.** Nach einem Bericht von Robert A. Shaw, dem Vizepräsidenten der National Aniline Chemical Co. und Direktor des Ausfuhrverbandes amerikanischer Fabrikanten, gewinnt die **amerikanische Farbstoffindustrie** rasch an Bedeutung und wird bald imstande sein, auf dem Weltmarkt mit der anderer Länder in Wettbewerb zu treten. Shaw ist überzeugt, daß, wenn der Kongreß diese Industrie unterstützt, sie imstande sein wird, den deutschen Wettbewerb zu besiegen. Er setzte auseinander, daß noch drei Jahre für die Vervollkommenheit der amerikanischen Herstellungsmethoden nötig sind. 1918 haben die amerikanischen Farbstofffabrikanten außer den Lieferungen für Heer und Marine noch Gegenstände für die Ausfuhr im Werte von 10 Mill. Doll. hergestellt. (Sole, 15./2. 19.) *Ec\*.*

**England. Ein Farbenzensus.** Unter dieser Überschrift schreiben die Financial News vom 22./2. 19: Als wir uns daran machten, England von deutschen Farbstofflieferungen unabhängig zu machen, wurde es sehr nötig, daß unsere Farbenfabrikanten feststellten, welche Farben und welche Mengen davon von der englischen Industrie benötigt wurden. Als der erste Versuch dazu von einem Ausschuß der Society of Dyers and Colourists gemacht wurde, lehnte eine Anzahl der größten Verbraucher die zur Vervollständigung der Liste erforderlichen Angaben ab. Ein zweiter Versuch, den ein vom Handelsamt ernannter technischer Ausschuß machte, schlug ebenfalls fehl. Aber der im Juni 1917 ernannte Farbstoffkommissar Sir Evan Jones hat Vertreter des Verbandes der Kalikodrucker, des Bradforder Färber-Verbandes, des englischen Woll- und Baumwollfärberverbandes und der englischen Nähgarn-Gesellschaft veranlaßt, die Sache in die Hand zu nehmen und dank ihrer Bemühungen ist eine so gut wie vollständige Liste der im Jahre 1913 eingeführten Farbstoffe aufgestellt worden, die das Handelsamt hat drucken lassen und die für die Arbeiten der englischen Farbenfabriken von großem Werte sein wird. *Ec\*.*

— **Geschäftsabschlüsse.** International Paint & Compositions Co. Ld. Reingewinn 73 454 (72 478), Dividende wieder 10%, Rückstellungen 20 000 Pfd. und Neuvertrag 42 786 (26 332) Pfund. — Bradford Dyers Association. Reingewinn 457 794 Pfd. (1917: 658 939 Pfd., wobei aber der Gewinn des ameri-

kanischen Unternehmens eingeschlossen war), Dividende wieder 17 1/2%, Neuvertrag bei 145 909 (390 000) Pfd. Abschreibungen und Rückstellungen 288 537 (213 126) Pfd. (Economist, 22./2. 19.) *Ec\*.*

**Italien. Neugründung.** Die Firma „Soc. Mazzoleni De Stefani“ wurde mit einem Kapital von 7 Mill. Lire zur Übernahme der Firmen „Gaetano Mazzoleni“ in Brescia und „Guiseppe De Stefani“ in Verona zwecks Herstellung von Medizin- und anderen Erzeugnissen und zum Handel damit gegründet. (Agence Economique et Financière vom 8./2. 1919.) *on.*

— **Kapitalerhöhung.** Società per la fabbricazione dei prodotti azotati e di altre sostanze per l'agricoltura von 6,6 Mill. auf 9,9 Mill. Lire. (Sole, 15./2. 1919.) *Ec\*.*

**Frankreich. Interessengemeinschaft in der Farbenindustrie.** Die Compagnie Nationale de Matières Colorantes et de Produits Chimiques, die mit 40 Mill. Fr. Kapital gegründet wurde, ist, um die Fabrikation intensiver gestalten zu können, mit der „Société des produits chimiques et colorants français“, die mit 31 Mill. Fr. Kapital ausgestattet ist, in Interessengemeinschaft getreten, wobei die beiden Betriebe unter gemeinsame Leitung gestellt wurden. *on.*

**Schweiz.** Der Verwaltungsrat der Société Suisse de l'Acétylène dissous, Genf, beantragt in der Generalversammlung die Liquidation der Gesellschaft und die Fusion mit der A. G. A., Aktiengesellschaft (Basel), die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von gelöstem Acetylen befaßt. *on.*

**Schweden. Neugründung.** Barnängens Kemiska Fabrik a/b haben eine Fabrik für Fetthärtung bei Hudiksvall angelegt, die jetzt in Betrieb genommen ist. Die Fabrik ist auf eine Herstellung von täglich 40–50 t gehärtetes Fett berechnet, stellt jedoch bis auf weiteres nur 10 t täglich her. *on.*

**Norwegen. Neugründungen.** Eine norwegische Gesellschaft baut die erste norwegische Glycerinraffinerie. Diese Gesellschaft errichtet auch in Haaø Anlagen für die Herstellung von Initialzündern ohne Quecksilberfulminat. (Chem. Trade J. Nr. 1653.) *u\*.*

## Verschiedene Industriezweige.

**Französisch-Indochina. Errichtung einer Zuckerfabrik.** Nach Meldung des „Algemeen Handelsblad“ vom 18./2. sind von Niederländisch-Indien zwei Sachverständige nach Saigon abgereist, um dort die erste Zuckerfabrik einzurichten. *on.*

**Belgien. Dividende.** Die Société Financière des Caoutchoucs (Kapital 20 Mill. Fr.) zahlt die Dividende für 1916 mit 5 Fr. und für 1917 mit 8 Fr. nach, während 1914 und 1915 dividendenlos bleiben. *on.*

**Finnland.** Die Gesellschaft O.-Y. Sähkövoima in Lappo, die bisher elektrische Kraftstationen, Mühlen und Sägewerksbetriebe besaß, beschloß, auch eine **Papierfabrik** für die Herstellung verschiedener Papiersorten zu errichten. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 1,2 Mill. fmk. (Svensk Pappers-Tidning vom 15./2. 1919.) *u.*

**Dänemark. Kapitalerhöhung.** Spritfabrik „Fortuna“ um 1,7 Mill. Kr. auf 2 1/2 Mill. Kr. *on.*

— **Geschäftsabschlüsse.** Die Ölfabrik „Aarhus Oliefabrik“ erzielte im Jahre 1918 einen Reingewinn von 2 418 156 Kr. und gibt 8% Dividende; auf neue Rechnung werden 156 340 Kr. vorgetragen. — Die Dänische Kohlenkompanie beantragt aus dem Reingewinn von 4 028 011 Kr. für außerordentliche Steuern 1 Mill., für Abschreibungen 766 000 Kr., eine Dividende von 27%, wobei 242 357 Kr. vorgetragen werden. *ar.*

**Norwegen. Kapitalerhöhung.** Die A.-G. der norwegischen Kohlenfelder auf Spitzbergen beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 auf 4 Mill. Kr. Im Bericht der Gesellschaft heißt es, daß auf Spitzbergen auf unabsehbare Zeit hinaus genügend Kohlen vorhanden seien, weshalb die Kohlenförderung erweitert wird. *ar.*

## Aus Handel und Industrie Deutschlands.

### Bergbau und Hüttenwesen; Metalle.

**Stillelegung bei der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Akt. Ges.** Die Leitung der Abteilung Mülheim (Ruhr) erläßt an ihre Werksangehörigen einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß die unzureichenden Arbeitsleistungen und die fortgesetzten Arbeitsunterbrechungen, besonders im Hochofenbetrieb, nicht allein diesen gefährdeten, sondern auch sämtliche anderen Betriebsabteilungen des Werks, die vom Hochofenbetrieb abhängig wären. Die Verluste, welche unter diesen Einflüssen das Werk erleide, seien so groß, daß bei Fortdauer der Störungen die Gesellschaft in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage sein werde, den Betrieb aufrechtzuerhalten zu können. *dn.*

Die **Mathildenhütte Akt.-Ges. in Bad Harzburg**, die Anfang Januar 1918 wegen Koksmangel ihren Hochofen ausblasen mußte und erst Ende April wieder in Betrieb nehmen konnte, erzeugte in den

noch übrigbleibenden acht Monaten ihres Geschäftsjahres 14 104 t Roheisen gegen 23 513 t im ganzen Jahre 1917. Reingewinn einschließlich Vortrag von 119 402 (45 435) M 408 166 (775 987) M, Dividende 10 (20) %, Vortrag 112 466 M. *ll.*

Auf den Anlagen der **Rombacher Hüttenwerke** sind, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, insgesamt 5 Hochöfen wieder in Betrieb und die Walzwerke teilweise wieder in Gang, teilweise vor der Inbetriebnahme. Danach scheint für gewisse Werke im lothringischen Bezirk für Brennstoffe gesorgt zu sein. Die Geschäftsführung der Rombacher Hütte befindet sich zum Teil in den Händen französischer Ingenieure. *on.*

**Ludwigshütte, A.-G. in Sterkrade (Rhld.).** Nach Abschreibungen von 13 297 (i. V. 0) M Reingewinn 15 103 (20 944) M. Dividende wieder 5 %. Vortrag auf neue Rechnung 582 (3255) M. *ll.*

**A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen.** Wegen Mangels an Rohmaterial und sonstiger Schwierigkeiten ist die Gesellschaft genötigt, ihre in Dortmund gelegene Zinkhütte stillzulegen. *ar.*

Die **Akkumulatorenfabrik A.-G. Berlin und Th. Goldschmidt A.-G., Essen** haben in der Erkenntnis, daß die von ihnen für die Verschweißung von Schienen elektrischer Bahnen angewandten Verfahren — das elektrische Verfahren der Akkumulatorenfabrik und das Goldschmidt'sche aluminothermische Verfahren — sich wesentlich ergänzen, ihre damit beschäftigten Werksabteilungen in der **Elektro-Thermit G. m. b. H., Berlin** vereinigt. *Wth.*

**Kupfer- und Messingwerk Act.-Ges. Elberfeld.** Die bisher unter der Firma Bergisches Metallwerk Gottfried Barmer u. G. m. b. H. betriebenen Unternehmungen wurden als Kupfer- und Messingwerk Act.-Ges. unter Mitwirkung des Barmer Bankvereins und der Bankfirma J. Wichelhaus & Sohn in eine Aktiengesellschaft mit 3 Mill. M Aktienkapital umgewandelt. *ll.*

**Allgemeine Gold- und Silberscheide-Anstalt, Pforzheim.** Die Beschlagnahme- und Höchstpreisbestimmungen für Metalle waren Ende des Geschäftsjahres 1918 noch in Kraft, doch seien inzwischen Änderungen vorgenommen und Vereinfachungen zugestanden worden, die dem Bericht zufolge immerhin eine Erleichterung bedeuteten. Nach 30 000 M Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 233 910 (74 227) M, woraus wieder 12% Dividende gleich 120 000 M (wie i. V.) verteilt werden sollen. Außerdem erhalten die Aktionäre eine besondere Vergütung von 5 %, „in Anbetracht der gegenwärtig sich allorts bemerkbar machenden und durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen krassen Geldentwertung“. Der Vortrag ermäßigt sich auf 50 462 M. *ll.*

### Aus der Kaliindustrie.

**Beteiligungstabelle der Kaliwerke nach dem Stande vom 1. September 1918.** Von der Firma Stenger, Hoffmann & Co., Kommanditgesellschaft Berlin W 56 — Essen ist eine Tabelle herausgegeben worden, welche die Beteiligungsziffern der Kaliwerke, sowie die Gesamtquoten der hauptsächlichsten Werksgruppen der Kaliindustrie nach dem Stande vom 1./9. 1918 enthält. *on.*

### Chemische Industrie.

**Allgemeine Radlogen-A.-G. in Berlin.** Der Verlust hat sich von 323 115 M auf 563 604 M erhöht bei einem Aktienkapital von 925 000 M. Die Nachfrage nach den Artikeln der Gesellschaft ist sehr stark; in Deutschland hat sich das Geschäft etwas belebt. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, ob genügend Rohstoff beschafft werden kann. Es sei Aussicht vorhanden, aus Johannisthal, das allerdings gegenwärtig von den Tschecho-Slowaken besetzt ist, Radium zu erhalten; auch bestehe die Möglichkeit, die Geschäfte nach dem neutralen Ausland wieder aufzunehmen, während es zweifelhaft bleibt, ob sich die alten Verbindungen im feindlichen Ausland in der frühern Form wieder anknüpfen lassen, da die ausländischen Fabriken sich wahrscheinlich anders organisiert haben. *ar.*

**Oberschlesische Kokswerke und chemische Fabriken A.-G.** Zusätzlich des Vortrages und abzüglich der Zentralverwaltungskosten sowie der mit wieder 1 Mill. M bemessenen Abschreibung auf Anlagen sowie einer Abschreibung von 1 164 478 (1 355 193) M auf die konsolidierte Gleiwitzer Steinkohlengrube verbleibt ein Reingewinn von 5 128 833 (4 746 646) M, woraus wieder 17% Dividende ausgeschüttet und 859 153 (851 966) M vorgetragen werden sollen. Während des größten Teils des abgelaufenen Jahres bestanden hinsichtlich des Betriebes und Absatzes wesentlich dieselben Verhältnisse wie 1917. Die Spannung zwischen einer immer stürmischeren Nachfrage und der Erzeugung, die bei aller Anstrengung im bisherigen Umfang nicht aufrecht erhalten werden konnte, war noch größer als vorher. Die politische Umwälzung brachte in die Betriebsverhältnisse eine völlige Änderung, die Störungen, Einschränkungen und zum Teil völlige Stilllegung der Erzeugung zur Folge hatte. Die Arbeitsunlust bei maßlos erhöhten Löhnen ist auch nach Beilegung des Streiks in Oberschlesien bestehen geblieben. Wenn diese auf die Dauer un-

haltbaren Zustände nicht zu einer erkennbaren Beeinflussung des Ergebnisses für 1918 geführt haben, so liegt dies an der Vielseitigkeit des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft, der es ermöglicht, für Verluste an der einen Stelle einen Ausgleich an der anderen Stelle zu finden. Eine Besserung der jetzigen trostlosen Lage ist nach Ansicht der Verwaltung erst zu erwarten, wenn Arbeitslust und Pflichtgefühl, wenn Ruhe und Ordnung wiederkehren werden. *on.*

**Hanseatische Acetylen-Gasindustrie A.-G. Hamburg.** Nach Abschreibungen von 71 891 (74 613) M Reingewinn 225 739 (216 294) M. Dividende 10 (25) %, Vortrag 3331 (8829) M. *ar.*

**Chemische Fabrik Helfenberg Akt.-Ges. vorm. Eugen Dieterich, Helfenberg i. S.** Nach 105 514 (67 046) M Abschreibungen Reingewinn 469 071 (436 462) M. Dividende wieder 15 %. Vortrag auf neue Rechnung 106 271 (136 201) M. *ll.*

In der G.-V. der **Akt.-Ges. für Stickstoffdünger, Knapsack (Bez. Köln)**, deren Aktien sich zum größten Teil im Besitze der Farbwerke vorm. Meister Lucius u. Brüning in Höchst befinden, wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Über die Aufrechterhaltung bzw. Weiterführung des Betriebes, der wegen Kohlen- und Rohstoffmangels und der Besetzung der Rheinlande mit wachsenden Schwierigkeiten arbeitet, wurden Beschlüsse nicht gefaßt. (Der Geschäftsbericht hatte darauf hingewiesen, daß die Verwaltung noch nicht wisse, ob sie überhaupt in der Lage sein werde, den Betrieb weiter aufrecht zu erhalten.) *ll.*

**Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner & Co., Hamburg.** Die Gesellschaft war 1918 lediglich für die Kriegsleder A.-G. beschäftigt. Die Société Anonyme des Produits Tannants d'Hemixem hat für 1917/18 8% Dividende verteilt. Infolge der Räumung Belgiens ist dieses Unternehmen unter belgische Zwangsverwaltung gestellt worden. Um den daraus wahrscheinlich hervorgehenden Verlusten Rechnung zu tragen, wurde die Kriegsreserve von 1 Mill. M aufgelöst und der gleiche Betrag auf die Beteiligungen, die auch den Wert der Hemixer Aktien umfassen, abgeschrieben. Mit den Österreichischen Gerb- und Farbstoffwerken Hermann Renner & Co. in Teplitz steht die Gesellschaft in Unterhandlungen wegen Abstoßung ihrer dortigen Beteiligung, die ein befriedigendes Ergebnis versprechen. Nach 3,15 (1,78) Mill. M erhöhten Unkosten verbleiben 1,61 (1,43) Mill. M Reingewinn, aus dem 18 (16) % Dividende verteilt und 111 000 Mark vorgetragen werden. *ar.*

**Färberei Glauchau, A.-G. Glauchau.** Nach Abschreibungen von 58 706 (57 364) M ergibt sich zuzüglich Vortrag in Höhe von 50 000 M ein Reingewinn von 155 230 (155 386) M, woraus 8% Dividende, wie im Vorjahre, verteilt und wieder 50 000 M vorgetragen werden sollen. Wie der Vorstand berichtet, ist das Ergebnis in der Hauptsache dem Garn- und Warengeschäft zu verdanken. Dagegen erfuhren die Umsätze im Lohngeschäft der Stückfärberei und Appretur einen derartigen Rückgang, daß nach dem Fortfall aller Heeresaufträge gegen Mitte des Jahres eine Betriebsschließung dieser Abteilung ins Auge gefaßt werden mußte. Um dieser infolge Anordnung des Kriegslohnverordnungsverbandes drohenden Maßnahme zu entgegen, entschloß sich die Verwaltung zum Verkauf der nicht mehr zweckmäßig scheinenden Anlage an die „Löbnitztal Textil-Aktiengesellschaft“ in Oderan. *ar.*

### Industrie der Steine und Erden.

**A.-G. der Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Heye, Düsseldorf-Gerresheim.** Nach Abschreibungen von 820 999 (837 996) Mark einschließlich des Vortrages von 288 242 (2 631 696) M Reingewinn 1 955 108 (4 328 242) M. Dividende wieder 14 %. Vortrag auf neue Rechnung 615 107 (288 242) M. Der Vortrag, den die Gesellschaft in einer Reihe von Jahren angesammelt hatte, wurde im Vorjahre zum größten Teile durch Ausschüttung eines Bonus von 300 M je Aktie zur Verteilung an die Aktionäre gebracht. Auf diese Weise erklärt sich der wesentliche Rückgang der Gesamtgewinnsumme gegen das Vorjahr. Wie der Vorstand berichtet, wurde Ende Januar 1918 der Betrieb auf den Werken wieder aufgenommen und konnte den größten Teil des Jahres hindurch aufrechterhalten werden. Die Begleit- und Folgeerscheinungen der Revolution minderten die Produktion des Gerresheimer Werks bis auf einen Bruchteil seiner Leistungen während des Krieges herab und führten dazu, daß im Januar 1919 die Betriebe in Gerresheim und Reisholz gänzlich stillgelegt werden mußten. *ar.*

**Porzellanfabrik zu Kloster Vellsdorf.** Die gesamte Einnahme einschließlich 12 709 (5620) M Vortrag stellt sich auf 936 244 (605 600) M. Nach Abschreibungen von 102 639 (82 699) M Reingewinn 535 850 (284 590) M. Dividende 15(10) %. *dn.*

**Ludwig Wessel, A.-G. für Porzellan- und Steingut-Fabrikation Bonn.** Die G.-V. setzte die Dividende auf 8% fest. Über die Aussichten wurde mitgeteilt, daß der Weiterbetrieb von der Kohlenversorgung abhängig sei. Ungewiß sei, wie die Lohnverhältnisse auf das Ergebnis wirken werden. Die Preise seien noch gut, die der Rohstoffe aber im Steigen begriffen, wenn auch nicht mehr so erheblich wie früher. Aufträge lägen genügend vor, und der Betrieb gehe auch glatt, so daß die Gesellschaft, wenn nicht jene Schwierigkeiten in Frage kämen, voraussichtlich ganz gut würde arbeiten können. *on.*



**Max Roesler, Feinsteingutfabrik A.-G., Rodach-Koburg.** Nach 31 399 (31 395) M Abschreibungen, einschließlich 26 725 (27 084) M Vortrag, Reingewinn 88 367 (114 779) M. Dividende 4(6)%. Neuvortrag 22 369 (26 725) M. *ar.*

**Sächsische Emailier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Gnüchtel, A.-G. in Lauter.** Reingewinn einschließlich 118 996 (101 234) M. Vortrag 872 399 (906 996) M, nach Absetzung von 390 000 (332 105) M Abschreibungen und 94 101 (0) M für Wertpapierverlust. Dividende 20%. Vortrag 52 899 M. *ar.*

**Misburger Portland-Zementfabrik Kronsberg A.-G., Hannover.** Nach 60 826 (87 279) M Abschreibungen, einschl. 11 032 (6514) M Vortrag, Reingewinn 38 257 (42 200) M. Dividende wieder 5%. Neuvortrag 8257 (6514) M. *ll.*

Bei der **Oberschlesischen Portlandzement und Kalkwerke A.-G., Groß-Strelitz** haben sich im Jahre 1918 die schwierigen Betriebsverhältnisse noch verschlimmert. Nach Abschreibungen von 200 301 (200 266) M verbleibt ein Reingewinn von 213 855 (200 276) M. Dividende 8 (10)%. Vortrag 17 600 (30 950) M. *ll.*

**Preussische Portland-Cementfabrik A.-G. Neustadt (Westpr.).** Nach Abzug sämtlicher Unkosten sowie nach Abschreibungen von 54 895 (54 489) M ergibt sich einschließlich 2690 (2640) M Vortrag ein Reingewinn von 59 149 (59 324) M, aus dem eine Dividende von wieder 6% verteilt wird. *on.*

**Vorwöhrler Portland-Zement-Fabrik Planck & Co., A.-G. in Hannover.** Für 1918 verteilt die Gesellschaft wieder 10% Dividende, zumal sie dank einem größeren Bestand billiger Faßhölzer und Papiersäcke einen größeren Überschuß bei der Verpackung des Zements hatte. Der Reingewinn betrug nach 43 629 (42 321) M Abschreibungen 240 636 (308 013) M, wozu 120 000 (105 000) M Vortrag treten. *ll.*

### Verschiedene Industriezweige.

**Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter).** Die Geschäftsergebnisse des Jahres 1918, des 64. Geschäftsjahres dieses mit dem Verein deutscher Chemiker im Vertragsverhältnis stehenden Versicherungsunternehmens, zeigen einen im Hinblick auf die Kriegsabgänge wertvollen weiteren Schritt vorwärts zur Verbreiterung der Grundlage der „Alten Stuttgarter“. Es wurden 10 692 neue Anträge über 122,9 Mill. M eingereicht (gegen 7631 Anträge über 73,6 Mill. M im Vorjahre). Aufgenommen wurden 8985 (i. V. 6560) Versicherungen mit 100,8 (61,7) Mill. M. Der Abgang durch Tod belief sich auf 2034 Versicherungen mit 14,1 Mill. M; die Kriegsterbefälle betrugen 1046 Versicherungen mit 6,1 Mill. M. Der vorzeitige Abgang durch Kündigung usw. war recht gering; er beträgt nur 0,27 (0,48)% der im Laufe des Jahres auf den Todesfall versichert gewesenen Summen. Nach Abzug des Gesamtabganges verbleibt in der Todesfallversicherung ein Reinzuwachs von 3341 (778) Versicherungen mit 61,8 (24,2) Mill. M Kapital. Einschließlich der Altersversicherung betrug Ende 1918 der Gesamtbestand der Bank 173 024 Versicherungen mit 1 Milliarde 255,5 Mill. M Versicherungssumme. *ll.*

Die **Deutsche Zündholzfabriken A.-G., Lauenburg** hat an Stelle der prozentualen Abschreibungen einen Erneuerungsfond geschaffen und ihn vorweg mit 150 000 (120 726) M Abschreibungen dotiert. Auch ist die Kriegsteuerrücklage vorweg abgesetzt. Trotz 307 415 (24 807) M Vortrag verbleibt ein geringerer Reingewinn von 637 469 (715 216) M, aus dem 10 (15)% Dividende gezahlt und 343 617 M vorgetragen werden. *ar.*

**A.-G. für Brennstoffvergasung in Berlin und Saarbrücken.** Die im Jahre 1917 gegründete Gesellschaft, an der u. a. die Oberschlesischen Kokswerke und die Deutsche Erdöl-A.-G. beteiligt sind, erzielte in dem ersten vollständigen Geschäftsjahr 1918 einen Rohgewinn von 676 490 M. Nach Abschreibungen von 154 058 M erhöht sich der Verlustvortrag von 71 497 M auf 354 733 M. Das Aktienkapital von 1 500 000 M ist im vergangenen Jahre auf 5 Mill. M erhöht worden. *ll.*

Bei der **Ost-Galizischen Petroleum-A.-G. in Mannheim** erhöht sich in dem am 31./3. 1917 beendeten Geschäftsjahre die Unterbilanz von 152 651 M auf 476 365 M. *ll.*

**Aus dem Konzern der Breslauer Spritfabrik.** Die Gesellschaft erweitert nach der „Bresl. Ztg.“ ihren Einfluß in der ober-schlesischen Brauindustrie; die Oberschlesische Bierbrauerei Akt. Ges. vorm. Haendler in Hindenburg und die Oppelner Aktienbrauerei, deren beider Aktienmehrheit die Spritfabrik besitzt, werden miteinander verschmolzen. Ferner erwarb die Haendler-Brauerei kürzlich die Rybniker Schloßbrauerei. *on.*

**Simoulussche Cellulosefabriken A.-G. Wangen i. Allgäu.** Die G.-V. genehmigte einstimmig den von der Verwaltung beantragten Verkauf des Werkes in Kelheim an die daselbst mit einem vorläufigen Kapital von 300 000 M gegründete Niederbayerische Cellulosewerke A.-G. Wie die Verwaltung ausführte, hat das Kelheimer Werk der Gesellschaft bisher erheblichen Verlust gebracht. Für das Geschäftsjahr 1918 sei bei Abschreibungen in veranschlagter Höhe von etwa 544 000 M mit einem Verlust von rund 1½ Mill. M zu rechnen. Das laufende Jahr dürfte keine besseren Aussichten bieten, zumal die Fabrik zur Zeit wegen Kohlenmangels stillliegt, und die Löhne sowie Unkosten eine weitere Erhöhung erfahren dürften.

Der Verkaufspreis beträgt 500 000 M gegenüber einem Buchwert von 1,66 Mill. M. Von Bedeutung bei der Abstoßung des Werkes ist für Simonius, daß sich die Käuferin verpflichtet hat, das Werk modern auszubauen und den Cellulosebedarf für die Papierfabrik Foggendorf auf zehn Jahre durch Vorbelieferungsvertrag zu sichern. *on.*

**Holzstoff- und Papierfabrik zu Schlema bei Schneeberg.** Aus dem 1 103 288 (486 016) M betragenden Reingewinn wird eine Dividende von wieder 18% verteilt, außerdem werden je 9% Nachzahlungsdividende für 1914 und 1915 ausgeschüttet. Sodann werden 273 200 (70 000) M für Kriegsteuer und 200 000 (0) M für die Übergangswirtschaft zurückgestellt. *ar.*

**Badische Lederwerke, Karlsruhe-Mühlburg.** Die Abschreibungen sind in unübersichtlicher Weise mit Steuern, Kriegsunterstützungen, sozialen Aufwendungen usw. in einem Posten mit 467 227 (341 663) M aufgeführt. Der Reingewinn stieg einschließlich Vortrag auf 189 146 (172 426) M. Hieraus sollen auf 1 Mill. M Aktienkapital wieder 9% Dividende verteilt und 58 692 M vorgetragen werden. *ar.*

## Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

### Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

**Streikversicherung.** Angesichts der immer weitere Kreise ziehenden Streikbewegung zur Durchsetzung unsinnig hoher Lohnforderungen oder politischer Ziele verdient die Arbeitgeberorganisation für Streikverhütung und Streikentschädigung besondere Beachtung. Mehr denn je liegt es im Interesse der industriellen und gewerblichen Unternehmer, sich gegen Streikverluste bestmögliche Deckung zu verschaffen. Als bedeutendste gemischt-industrielle Streikentschädigungsorganisation ersetzt der Deutsche Industrieschutzverband (Sitz Dresden) seinen Mitgliedern gegen mäßige Beiträge die durch Arbeitseinstellungen verlorengehenden Geschäftskosten bis zur vollen Höhe. Bisher sind bereits 1246 Streikfälle vom Industrieschutzverband satzungsgemäß entschädigt worden. Innerhalb der letzten 8 Wochen sind 1190 Firmen diesem Verbande neu beigetreten, dessen Geschäftsstelle Dresden-A., Bürgerwiese 24, alle näheren Auskünfte erteilt. *ar.*

**Die Beamten des Kallsyndikats** haben anläßlich des Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues in einer Versammlung eine Entschließung gefaßt, in welcher u. a. die restlose Übernahme der vorhandenen Beamenschaft zu mindestens unveränderten Bezügen gefordert wird. Das Einkommen sei den Zeitverhältnissen entsprechend zu heben und solle dem der mittleren Staatsbeamten entsprechen. Ein festes Anstellungsverhältnis sei anzustreben (Pension!). Neue Stellen sollen aus Kreisen der Syndikatsangestellten besetzt werden, wobei lediglich die Fähigkeit den Ausschlag geben soll. Entlassene sollen durch Kapitalabfindung entschädigt werden. Bei Schaffung von Interessenvertretungen sollen die Angestellten gebührend beteiligt werden. *on.*

Aus Manchester wird gemeldet, daß der Internationale Baumwollfabrikanten-Verband die internationale Einführung des 8-Stundenarbeitstages in der gesamten Textilindustrie bei der Wirtschaftskommission in Paris beantragt hat. *on.*

**Untersuchungsausschuß für die Arbeitsverhältnisse in England.** Vom „Department of Scientific and Industrial Research“ und dem „Medical Research Committee“ wurde gemeinsam ein besonderer Untersuchungsausschuß eingesetzt, welcher sich mit der Frage der Arbeitszeit und anderer Arbeitsverhältnisse einschließlich der Arbeitsmethoden, der Leistungsfähigkeit und Ermüdung der Arbeiter und der Erhaltung ihrer Gesundheit befassen soll. Aufgabe des Untersuchungsausschusses wird sein, in den verschiedenen Industriezweigen die vorteilhafteste Arbeitszeit, ferner die besten Arbeitspausen und Ablösungszeiten herauszufinden. (Times.) *u.*

## Tagesrundschau.

**Die internationale Baumwollkonferenz** (vgl. S. 87) ist, wie die Zeitschrift „Cottre“ meldet, um ein Jahr, auf den Oktober 1920, verschoben worden. — **Die Mustermesse in Metz** (vgl. S. 32) soll im Mai 1920 stattfinden. *on.*

## Gewerbliche Fragen.

### Neue Roh- und Ersatzstoffe, Verfahren und Apparate.

**Die industrielle Gewinnung von Helium** soll nach dem Chemical Trade Journal jetzt verwirklicht werden. Angeblich plant die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika die Errichtung von Anlagen, die imstande sein sollen, 50 000 Kubikfuß Helium täglich herzustellen. Das hierbei in Anwendung kommende Verfahren soll gestatten, das Gas zu einem Preise von etwa 5 d. pro Kubikfuß zu ge-

winnen. Die Verwirklichung dieses Planes würde für die Luftschiffahrt von größter Bedeutung sein, da bekanntlich Helium nach dem Wasserstoff das leichteste Gas ist und vor diesem den großen Vorteil besitzt, unentzündlich und nicht brennbar zu sein. Noch bis vor kurzem galt Helium als ein seltenes Element, und die geringen bisher hergestellten Mengen kosteten etwa 340 Pfd. Sterl. pro Kubikfuß. Leider werden keine näheren Angaben über das zur Verwendung kommende Verfahren gemacht. *u\*\*.*

Der dänische Chemiker Schandorff hat eine neue Methode zur Gewinnung von Milchzucker und Albumin erfunden. Es besteht die Absicht, eine neue dänische Industrie zu gründen, die die Erfindung verwerten soll. Nach der neuen Methode kann Milchzucker und Albumin gleichzeitig gewonnen werden, während bisher nur das eine oder andere erzeugt werden konnte. Man darf dieser neuen dänischen Industrie eine glänzende Zukunft voraussagen, zumal die Waren für den dritten Teil des jetzigen Preises hergestellt werden können. („Nationaltidende“, Kopenhagen, vom 19./2. 19.) *dn.*

Ein neuer Katalysator soll von einem Mitarbeiter des Mellon Institute in Pittsburgh entdeckt worden sein. Dieser Katalysator soll aus Alunit hergestellt werden und viel billiger und Vergiftungen weniger ausgesetzt sein, als Platin. Das Material wird jetzt in größerem Maßstabe hergestellt. Es soll hauptsächlich als Ersatz für Platin beim Schwefelsäurekontaktverfahren verwendet werden. (Chem. Trade J. Nr. 1653.) *u\*\*.*

Ein Insektenvertilgungsmittel, das gleichzeitig als Düngemittel wirken soll, ist G. Truffaut in Versailles durch ein englisches Patent (120 288/1917) geschützt worden. Es besteht aus Schwefelcalcium und schweren Teerölen oder Kohlenwasserstoffen, die zur Entfernung von Phenolen, Kresolen usw. mit Alkalilösungen und zur Entfernung von Basen mit Säuren behandelt werden, ferner aus rohem Calciumsulfat und Calciumphosphat. *u\*\*.*

Öl aus Tabaksamen. Den Oelfabriken Insulinde ist es, lt. N. Rotterd. Cour. vom 18./2. 19, gelungen, aus Tabaksamen ein Öl zu gewinnen, das ein gutes Surrogat für Leinöl bilden soll. Die Errichtung einer Fabrik für die Herstellung dieses Öls ist geplant. *ar.*

### Gewerblicher Rechtsschutz.

Englische Patentstatistik. Die Zahl der Patentanmeldungen in den Kriegsjahren ist nach „Engineering“ folgende: 1913: 30 102; 1914: 24 847; 1915: 18 225; 1916: 18 686; 1917: 19 358; 1918: 21 933. *Sch\*.*

### Personal- und Hochschulnachrichten.

Dem em. o. Professor der Hygiene Geh. Hofrat Dr. Max Schottelius ist der Titel eines Geh. Rats 2. Kl. verliehen worden.

Prof. Dr. Albrecht Hase, a. o. Professor und erster Assistent am Zoologischen Institut der Stadt Jena, ist an das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem, und zwar in die neugeschaffene pharmakologisch-zoologische Abteilung, berufen worden.

Es wurden ernannt: Dr. F. L. Pyman, bisher Direktor des Wellcome-Laboratoriums für chemische Forschung, zum Professor für chemische Technologie an der Universität und der Technischen Hochschule in Manchester; sein Nachfolger wurde Dr. T. A. Henry, Vorsteher der Laboratorien des Imperial Institute; Apotheker und Nahrungsmittelchemiker Fritz Schirokauer, Besitzer der Hohenzollernapotheke in Berlin, zum Mitglied der Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

Dem Landesgewerbeamt, Regierungs- und Medizinalrat Dr. Koelsch wurde an der Technischen Hochschule München ein Lehrauftrag für soziale Hygiene mit besonderer Berücksichtigung der Gewerbehygiene und Arbeiterfürsorge erteilt.

Mit dem 1./4. legt der Direktor des Physiologischen Instituts an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, Professor Dr. Nathan Zuntz, sein Amt nieder. Bis zur endgültigen Wahl eines Nachfolgers (es liegen erst eine Reihe unverbindlicher Vorschläge vor) wird er sein Amt weiterführen.

Gestorben sind: Dr. Ludwig Ott, Assessor der Agrikulturbotanischen Anstalt in München, im Res.-Lazarett München-Fürstenried. — George Carey Foster, Professor für Physik am University College, London W. C., Vorsitzender der Physical Society of London, in Ladywalk, Rickmansworth, am 9./2. im Alter von 83 Jahren.

### Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Geh.-Rat Dr. Meydenbauer, früherer Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Teerprodukten-Vereinigung G. m. b. H. in Essen und erster Vorsitzender der Kriegsgetreidegesellschaft, wurde in das Reichswirtschaftsministerium berufen.

Es wurden ernannt: E. Jüttner, stellvertretender Direktor der J. D. Riedel A.-G., zum Vorsitzenden des Reichverbandes der Vereinigung des Drogen- und Chemikalienfaches, Berlin,

Bergingenieur N. A. V. Paulsson zum Metallurgen der Lundlum Electric Furnace Corporation und gleichzeitig zum technischen Leiter der Metal Alloys, Inc., in Watervliet, Albany County, N. Y.; Direktor Dr. Zimmermann zum Vorstand der Firma Chemische Werke Phoniak, A.-G. Neuß.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Carl Bücking, bei der Arnstädter Cellulosepapierfabrik G. m. b. H., Arnstadt; Bergrat Hans Middeldorf, Leopoldshall, bei der Firma Kaliwerk Berkhöpen, G. m. b. H., Odessa bei Peine; Julius Ullrich, Gladbeck, bei der Firma Elektrochemische Industrie G. m. b. H., Cöln; Hans Weerth, Berlin, bei der Firma Rheinische Spiritwerke m. b. H., Monheim.

Prokura wurde erteilt: Chemiker Dr.-Ing. G. A. Becker, Niederstrieß, für die Fa. Knab & Lindenhayn, Chemische Fabrik, Gründroda-Niederstrieß; Georg Hubert, Konstanz, für die Firma Holzverkohlungindustrie A.-G., Konstanz; Chemiker Dr. Julius Kersten, Mannheim, für die Firma Spiegelmanufaktur Waldhof A.-G., Mannheim.

Gestorben sind: William Cordrey, Direktor der W. H. Willcox & Co., Ltd., London, im Alter von 58 Jahren. — Direktor a. D. Dr. Aurel Dantine, ehemaliger Leiter der Zuckerfabrik Bisenz, Mähren, am 9./2. im Alter von 74 Jahren. — S. von Ehrenstein, technischer Aufsichtsbeamter der Zuckerberufsgenossenschaft, in Breslau am 27./2. im Alter von 80 Jahren. — Konsul Johan E. Ekman, Teilhaber der Eisen- und Stahl- und Celluloseausfuhrfirma Ekman & Co., Göttingen, am 18./2. — Thomas Hungerford Forgan, The Croft, Thurston, Chester, Direktor der Firma Brunner, Mond & Co., Ltd., Northwich. — Bergassessor Heinrich Janssen, Generaldirektor der Bergwerksgesellschaft Trier m. b. H., in Hamm am 17./2. — Obergeringenieur Karl Mill, Prokurist der Deutschen Petroleum-A.-G., Berlin. — August Potthoff, Chefchemiker des Laboratoriums der Phoenix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Duisburg-Ruhrort, am 7./3. — Fabrikbesitzer Erwin Reibedanz, Berlin-Tempelhof, Direktor der Extraktionswerke Reibedanz & Co., Tempelhof, am 8./3. im 41. Lebensjahre. — Brauereidirektor Hermann Schön, Vorstandsmitglied der Löwenbrauerei A.-G., Berlin-Hohenschönhausen, am 12./3. im Alter von 47 Jahren. — Heinrich Schwöder, langjähriger Direktor der Zuckerfabrik Groß-Peterwitz, am 24./2. im Alter von 71 Jahren.

### Eingelaufene Bücher.

(Die Besprechung der eingelaufenen Bücher wird vorbehalten.)

Bernthsen, A., Kurzes Lehrbuch d. organ. Chemie. 13. Aufl., bearb. in Gemeinschaft mit Aug. Darapsky. Braunschweig 1918. Friedr. Vieweg & Sohn.

geh. M 12,—, geb. M 15,— u. Teuerungszuschlag

Beyer, Oskar, Über die Kontrolle u. Herst. v. Saccharin (Benzoesäuresulfid). Prakt. Wegweiser f. Chemiker, Zoll-Laboratorien, Apotheker, Drogisten, Physiologen, Ärzte, Kaufleute usw. Mit 12 Abb. Zürich 1918. Rascher & Cie.

Bohn, Wolfgang, Die Heilwerte heimischer Pflanzen. Die Heilpflanzen u. ihr Gebrauch im Sinne d. Erfahrungsheillehre u. biolog. Heilkunst. Z. Gebrauche f. Freunde des Pflanzenheilverf. u. d. Pflanzenwelt. Mit einem Bildnisse Joh. Gottfr. Rademachers. 2. durchgeseh. u. ergänzte Aufl. (Kriegsausgabe). Leipzig 1918. Hans Hedewig Nachf., Curt Ronniger.

geh. M 2,50, geb. M 4,—

### Bücherbesprechungen.

Emil Rathenau und das elektrische Zeitalter. Von Felix Pinner. Leipzig 1918. Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H.

Als sechster Band der „Studien zur Biologie großer Männer“, die von W. Ostwald herausgegeben werden, ist die Biographie Emil Rathenaus erschienen. In richtigem Verständnis der Absichten dieser Sammlung hat der Vf. bloß den Beginn von Rathenaus Leben biographisch behandelt, d. h. die Zeit, wo er noch nicht den richtigen Nährboden zu seiner Entwicklung hatte. In dieser Epoche ist sein Leben ja auch nur wenig verschieden von dem Werdegang anderer Durchschnittsfabrikanten und wirkt deshalb auch nicht weiter fesselnd. Das große Interesse setzt erst ein, als er auf dem Felde zu arbeiten beginnt, das sein ureigenstes geworden ist, der elektrotechnischen Großindustrie. Da hat es Vf. verstanden darzutun, wie der Mann und das Werk einander wechselseitig befruchteten, wie die wissenschaftlichen Entdeckungen auf elektrotechnischem Gebiete den großzügigen Unternehmer in Rathenau geweckt haben, und wie Rathenau andererseits diesen Entdeckungen und Erfindungen das materielle Substrat geliefert hat, auf dem allein sie ihre Bedeutung für das moderne Leben gewinnen konnten. Es ent-

beht nicht eines gewissen Reizes, daß dieses Buch gerade im Revolutionsjahr erschienen ist. Es zeigt mehr als jede Parteipropaganda, wie sehr eine jede Industrie der starken Hand eines Mannes bedarf, um vielleicht reif zur Sozialisierung zu werden; jeder Versuch, einer Industrie vor einer gewissen Phase den Hemmschuh der Sozialisierung anzulegen, bedeutet ein Verbrechen gegen das keimende Leben... — Der Vf. stützte sich bei der Abfassung seines Buches neben dem dokumentarischen Material auf die Erinnerungen von Rathenaus Mitarbeitern, ferner auf seine eigene persönliche Kenntnis des Menschen Rathenau. Dadurch bekommt die Darstellung etwas Lebendiges, Unmittelbares, was anderen, bloß auf Akten aufgebauten Darstellungen abgeht. Dies trifft besonders auf das letzte Kapitel zu, das ein erschöpfendes Charakterbild von Rathenaus Persönlichkeit gibt. — Das politische und wirtschaftliche Chaos der Gegenwart läßt den Wunsch des Vfs. berechtigt erscheinen, mit dem er sein Buch schließt: „Warten wir und hoffen, daß uns deutsche Männer wie Emil Rathenau wieder geschenkt werden, die unsere Kraft der Organisation mit dem Blute der Persönlichkeit durchtränken und zu noch höherem Werte emporheben können.“

Fürth. [BB. 207\*]

**Übungsheft zur bildlichen Darstellung der Nahrungsmittel der Menschen** in ihrer chemischen Zusammensetzung, ihrem Nährwerte und ihrem Nährgeldwerte für den Unterricht in der Nahrungsmittelkunde. Zusammengestellt von Dr. Alfred Eppler, Oberlehrer am Lyzeum mit Oberlyzeum, Frauenschule und Technischem Seminar zu Crefeld. Dritte Auflage. Leipzig und Berlin 1918. Verlag und Druck von B. G. Teubner. M —, 80

Das vorliegende Übungsheft soll den Schülerinnen von Haushaltungsschulen usw. Gelegenheit geben, die Zusammensetzung der Nahrungsmittel übersichtlich zu veranschaulichen; zu diesem Zweck sollen die vorgedruckten Quadrate mit Farbe entsprechend ausgefüllt werden. Eine kurze Anleitung zur Berechnung der Nährwerteinheiten geht voraus. Für einen Neudruck wäre die richtige Schreibweise „Kohlenhydrate“ an Stelle der falschen „Kohlehydrate“ zu fordern.

C. Mai. [BB. 137.]

**Die Fabrikation der Ultramarinfarben, ihre Prüfung und Verwendung in Industrie und Gewerbe** von Laurenz Bock ist als Band XXXV der Monographien über chemisch-technische Fabrikationsmethoden im Verlage von Wilhelm Knapp in Halle a. S. erschienen.

Der Vf. hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit besonderem Nachdruck die rein technische Seite dieser Fabrikation zu schildern; indem er die Herstellung der Ultramarine für die verschiedenen Verwendungszwecke in Gewerbe und Industrie so ausführlich auf Grund seiner langjährigen persönlichen Erfahrungen, welche er zum Teil in Zusammenarbeit mit hervorragenden Ultramarintechnikern, wie Justin Wunder, sammeln konnte, darzulegen suchte, daß Hersteller und Verbraucher, Chemiker und Kaufmann einen zuverlässigen Ratgeber in seinem Buche finden sollen. Bocks Werk stellt daher in gewissem Sinne eine Ergänzung zu der bekannten Schrift „Ultramarin“ von R. Hoffmann dar, dessen Inhalt in umfassender Weise theoretischen Erörterungen Raum gibt.

In der Einleitung gibt der Vf. einige kurze historische Notizen zur Entwicklung der Ultramarindarstellung und bespricht dann die Rohstoffe. Es folgt eine eingehende Behandlung der Tiegels, ihrer Herstellung und stofflichen Zusammensetzung, welche für den richtigen Verlauf des Brandes nicht ohne Bedeutung ist, und darauf tritt der Vf. in das eigentliche Gebiet der Fabrikation ein, indem er die verschiedenen Mischungen der schwefelarmen und schwefelreichen Hell- und Dunkelblausorten für Tiegel- und für Muffelöfen, für Ultramarin grün, hochkieselsäurehaltige Sorten usw. eingehend bespricht und dabei besonders auch den Gang des Brandes durch Temperaturkurven erläutert. Tiegel-, Muffel- und Gasöfen und deren Betriebsweise, die Vorbereitung der Mischungen für den Rohbrand und den Garbrand, Waschen und Mahlen des rohen Blaus, Fabrikationswasser und Brennmaterial werden in den Kreis der Betrachtung gezogen und in für den Techniker anschaulicher Weise geschildert. Ultramarin violett und -rot hält der Vf. für sicher gekennzeichnete einheitliche chemische Verbindungen, ein Standpunkt, den, wenigstens bisher, nicht alle Fachtechniker und Gelehrte geteilt haben. Daß diese beiden Produkte bereits in die Fabrikation von Buntpapier und Tapeten, Textilfärberei und in die graphischen Gewerbe Eingang gefunden haben sollen, ist mir neu. Für die vom Vf. geschilderte Probe der Wasserechtheit eines druckfertig für Steindruck angeriebenen Ultramarins kommt aber besonders die Art und Stärke des Firnisses in Betracht; ich halte daher jene Art der Prüfung nicht für ganz zuverlässig, denn selbst etwas gröbere Sorten können diese Prüfung gut bestehen und doch unbrauchbar sein. Auch für Kupferdruck werden selbst sulfidfreie und vom freien Schwefel befreite Sorten kaum sich bewähren.

Betrachtungen über den Standort einer Ultramarinfabrik und eine Zusammenstellung der neueren Ultramarintheorien schließen das Buch ab, welches den vom Vf. gewollten Zweck, dem Techniker ein zuverlässiger Ratgeber zu sein, in vollem Umfange zu erfüllen geeignet ist. Die Ausführlichkeit, mit der der Vf. auf die Einzel-

heiten des Fabrikationsbetriebes eingeht, lassen ihn als einen Fachmann von vielseitigen Erfahrungen erscheinen, dessen Führung sich der Neuling wie auch der fortgeschrittene Techniker auf diesem Fabrikationsgebiet gern anvertrauen werden.

Rübencamp. [BB. 116.\*]

## Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

### Verein Deutscher Gießereifachleute, Gruppe Brandenburg.

Berlin, 23./1. 1919.

Vorsitzender: Direktor H. Dahl, Berlin.

Ingenieur Joh. Mehrrens, Berlin-Schöneberg: *Eisenguß — schmiedbarer Guß gegen Stahlguß und Flußeisenguß.* Der Vortragende will mit seinen Ausführungen eine Anregung geben, um die bei der Benennung von Gießereierzeugnissen häufig gebrauchten irreführenden oder falschen Bezeichnungen durch einheitliche Fachausdrücke zu ersetzen. Seit langer Zeit wird nämlich mit einigen Bezeichnungen für Gießereierzeugnisse Mißbrauch getrieben. Es seien nur die Namen genannt Stahlformguß, Formstahl, Temperstahlguß, Temperstahl, Halbstahl, Stahleisen und andere mehr. Besonders in zwei Hauptgruppen macht sich der Mißbrauch unrichtiger Bezeichnungen bemerkbar, nämlich bei Eisenguß gegen Stahlguß und bei schmiedbarem Guß gegen Stahlguß. Es ist auf die Verbesserung des Eisengusses in den letzten Jahren stets hingearbeitet worden, so daß es mit Hilfe der wissenschaftlichen Forschung möglich geworden ist, das Ansehen des Eisengusses wieder zu steigern und ihm die gefährdeten Absatzgebiete, soweit wie technisch möglich, zu retten. Mit bestem Erfolge sind Versuche zur Herstellung eines hochwertigen Gußeisens durchgeführt worden, und sie haben die Verwendungsmöglichkeit des Eisengusses selbst bei höchsten Ansprüchen voll erwiesen. Durch Zusatz von Stahl, Fluß- und Schweißeisensabfällen kann in Gießereischachtöfen ein kohlenstoffarmes hochwertiges Gußeisen mit hoher Festigkeit und Dichte erreicht werden. Bei richtiger Anpassung der Menge dieser Abfälle und bei zweckmäßiger Verwendung des auf diese Weise erzeugten Sondereisens ist in der Gießerei wohl eine Verbesserung des Gusses sowie Ersparnisse möglich, doch haben sich bei der Erzeugung und dem Vertrieb dieses Sondergußeisens leider Mißbräuche herausgebildet. Der Vortragende weist auf die irreführende Bezeichnung Stahleisen und Halbstahl. Eine große Rolle in der Gruppe Sondereisenguß spielt auch der sogenannte feuerbeständige und säurebeständige Guß. Leider ergibt sich häufig bei der Feuerprobe, daß diese Sondereisen sich nicht viel voneinander unterscheiden. Der Hauptunterschied liegt meist in den geforderten Preisen. Auch die Lieferungen des sogenannten säurebeständigen Gusses werden oft unzuverlässig ausgeführt. Durch Angabe von Analysenergebnissen unterstützt der Vortragende seine Behauptungen. In einigen großen Gießereien sind auf dem Gebiete des Sondereisengusses für die chemische Industrie wesentliche Fortschritte gemacht worden. So erwähnt der Vortragende die Sondereisensorten „Eisil“ der Maschinenfabrik Eßlingen und „Acidur“ der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Golzern-Grimma. Dieser Sonderguß wird für chemische Apparate mit einem hohen Siliciumgehalt hergestellt und soll sich gut bewähren. Es zeigt sich hier, daß auf wissenschaftlicher Grundlage im Schmelzbetrieb wohl etwas Zweckentsprechendes zu erreichen ist. In der Kriegszeit hat der Eisenguß auch als Ersatz für Sparmetalle Verwendung gefunden. Erwähnt sei auch, daß zur Herstellung von kohlenstoffarmem Eisenguß im Kupolofen an Stelle eines Stahl- oder Flußeisenzusatzes seit vielen Jahren auch deutsche Sonderroheisensorten Verwendung finden. Es ergibt sich, daß man wohl in der Lage ist, in dem einfachen Gießereischachtöfen mit und ohne Vorherd aus bestimmten Eisensorten einen hochwertigen Eisenguß oder Eisensonderguß zu erzeugen. Das Ergebnis der Schmelzung bleibt aber immer Eisenguß, wenn auch noch so viel Stahl- oder Flußeisensabfälle im Ofeneinsatz geschmolzen werden. Es sind deshalb Bezeichnungen, die auf Stahlguß hindeuten, für Erzeugnisse dieser Art als unzulässig zurückzuweisen. Bisher sind nur für Maschinenguß, Bau- und Säulenguß und Rohrguß Vorschriften für die Lieferungen festgelegt. Es wird aber notwendig sein, auch für die anderen Arten des hochwertigen Gußeisens einheitliche Grundlagen festzulegen, und zwar schlägt der Vortragende für diese Sondergußarten folgende Gruppen vor: 1. Zylinderguß; 2. Hartguß; 3. Sonderguß für die chemische Industrie; 4. feuerbeständiger Guß. Sollte die Bezeichnung Eisenguß manchen Eisengießern nicht genügen, dann mögen diese mit der Bezeichnung Eisensonderguß auch noch die Höhe des jeweils verwendeten Zusatzes an Stahl- und Flußeisensabfällen oder anderen Zusatzmetallen, die Ergebnisse der chemischen Untersuchung sowie die Festigkeitsziffern mitteilen oder vom Verbraucher vorschreiben lassen.

Noch viel größer ist der Mißbrauch im Handel mit den Bezeichnungen von Tempergußerzeugnissen, die an Stelle von Stahl- oder Flußeisenguß angeboten werden. Der Vortragende geht näher auf die Bezeichnung schmiedbarer Guß und Stahlguß ein. Der schmied-

bare Guß wird im Schachtofen, Flammofen, Tiegelofen und Siemens-Martin-Ofen hergestellt, in neuester Zeit auch im Elektroofen. In Deutschland ist für Temperguß die Schmelzung im einfachen Schachtofen am meisten in Anwendung. Sie ist am billigsten, ist leicht zu übersehen, gibt aber auch das minderwertigste Erzeugnis. Der Vortragende unterstützt einen Vorschlag, der dahin geht, für das deutsche Erzeugnis im Temperguß die Bezeichnung schmiedbarer Guß zu gebrauchen. In den deutschen Gießereien wird der Rohguß mit sauerstoffabgebenden Stoffen geglüht und auf diese Weise eine Entkohlung erzielt, die bis in das Innere der Gußstücke eindringt, so daß das Bruch Eisen stahlartig wird. Die Amerikaner dagegen glühen (tempern) den Rohguß, ohne zu entkohlen und erhalten dadurch im Fertigguß eine Bruchfläche mit hellem Rand und schwarzem Kern. Für diesen Guß mag die Bezeichnung Temperguß genügen, für das bessere deutsche Erzeugnis ist aber die Bezeichnung schmiedbarer Guß richtiger. Ähnlich wie beim Eisenguß werden auch im Stahlguß hochwertige Abarten, Sondergußarten erzeugt. Als gewöhnlichen Stahlguß bezeichnet man allgemein jeden Stahlguß, der im üblichen Formverfahren hergestellt wird aus dem Siemens-Martin-Ofen, Kleinkonvertor und Elektroofen und eine Festigkeit von etwa 40–60 kg und eine Dehnung bis etwa 25% besitzt. Unter Sonderstahlguß sind dagegen alle hochwertigen Abarten zu verstehen, die in bezug auf Festigkeit, Dehnung und Härte besonders hohen Anforderungen genügen müssen. Zu diesem Zweck kommen geeignete Zusätze wie Chrom, Nickel, Wolfram, Mangan usw. in Anwendung. Dem Stahlguß im allgemeinen darf der gute Name in Zukunft nicht mehr streitig gemacht werden. Neben diesem kommt nur die Bezeichnung Flußeisenguß in Frage, womit das weichere Metall mit dem geringsten Kohlenstoffgehalt genannt wird. Je nach Art der für die Anwendung des Stahlgusses verwendeten Schmelzanlage müßte der Bezeichnung Stahlguß ein entsprechendes Kennwort zugefügt werden, so daß mit den Bezeichnungen Siemens-Martin-Stahlguß, Bessemer-, Tiegel-, Elektrostahlguß oder Flußeisenguß völlige Klarheit gegeben ist und jedes Mißverständnis ausgeschlossen bleibt. Jedenfalls müssen die Mißstände in der Bezeichnung und Bewertung der verschiedenen Gießereierzeugnisse unbedingt beseitigt werden. Es müssen in Zukunft die Hauptgruppen der Gießwaren, nämlich 1. der Eisenguß mit dem hochwertigen Eisensonderguß, 2. der schmiedbare Eisenguß mit dem minderwertigen Temperguß und 3. der Stahlguß mit dem Flußeisenguß und den hochwertigen Sonderstahlgußabarten eine richtige Bewertung erfahren, damit die jetzt bestehenden Irrtümer im Verkehr mit Gußwaren beseitigt werden. Bereits auf der vorletzten Sitzung des Vereins ist die Frage der Bezeichnung der Gußwaren zur Sprache gekommen, und ein Sonderausschuß gebildet worden, der diesen Fragen auf den Grund gehen soll. Die Ausführungen des Vortragenden sollen dem Sonderausschuß, der bisher leider infolge der unruhigen politischen Verhältnisse in Berlin nicht arbeiten konnte, als Grundlage dienen.

In der anschließenden Diskussion bestätigt zunächst R e m i y die großen Mißstände auf dem Gebiete des Stahlgußhandels. Es sind zum großen Teil aber auch die Verbraucher daran schuld, und ein weiterer Mißstand sei der, daß die Einkäufer meist Laien sind. Es müsse vor allem darauf hingewirkt werden, die Verbraucher aufzuklären und die Lieferanten zu zwingen, richtige Angaben zu machen. Direktor S a c h s schließt sich diesen Ausführungen an. In der Privatindustrie werde großer Unfug mit der Bezeichnung Temperstahlguß getrieben, große Unkenntnis herrsche auch bei den Automobilfabrikanten, Direktor S a c h s verweist dann auf die Verhältnisse in Amerika. Dort ist der Einkäufer immer ein absolut technisch vorgebildeter Herr. Bei uns werde noch viel zu sehr mit Staffelpreisen gearbeitet, und das sei ein großer Fehler. Ein schweres Stück ist anders zu bewerten als ein komplizierteres. Er empfiehlt ein Zusammengehen aller beteiligten Industriekreise und Aufstellung genauer Bezeichnungen, die dann den Fabrikanten etwa durch die Handelskammern zugehen sollen. Der Verein Deutscher Eisengießereien, der Gießereiverband und der Verein Deutscher Gießereifachleute sollten sich über die Bezeichnungen einigen und dann sollte jedem Briefe und jeder Offerte ein gemeinsames Rundschreiben beigelegt werden. Direktor D a h l bedauert, daß der zur Festsetzung der Bezeichnungen ernannte Sonderausschuß bisher infolge der politischen Verhältnisse nicht tagen konnte, doch ist zu hoffen, daß in der nächsten Zeit die Aufnahme der Arbeit möglich sein wird, und daß sich dann bestimmte Vorschläge ergeben werden. M e h r t e n s bedauert, daß der Betrieb beim Einkauf ganz ausgeschaltet ist. Auch müßte die Analyse mehr herangezogen werden, und zwar schon beim Eingang der Proben und nicht erst, wenn die gelieferte Ware sich schlecht bearbeiten läßt. Über die Einkaufsverhältnisse bei großen Werken und speziell beim Kabelwerk Oberspree der A. E. G. erklärt ein Vertreter dieses Werkes, daß alle Waren im Laboratorium streng untersucht werden, und zwar nicht erst nach erfolgtem Einkauf, sondern es werden die Proben untersucht, und die Ware wird, wenn sie nicht mustergleich ausfällt, zurückgeschickt. Im weiteren Verlauf der Erörterung wird die Erzeugung von Temperguß besprochen und von einer Seite erklärt, daß nach 10 jähriger Erfahrung Temperguß aus der Bessemerbirne sich in erstklassiger Beschaffenheit herstellen ließe, der dem Tiegelguß in keiner Weise nachstände. Es kommt hierbei die verkürzte Temperzeit zugute. Versuche zur Herstellung von Temperguß im Elektroofen erwiesen sich als nicht sehr wirtschaftlich. Aussichtsreicher dürfte die Herstellung durch Ölschmelzen sein. Direktor M e h r t e n s würde es sehr begrüßen, wenn für den Temperguß der Schachtofen ausgeschaltet würde oder nur für das minderwertigere Erzeugnis Verwendung fände. Die Amerikaner geben uns selbst das Zeugnis, daß der deutsche Temperguß besser ist als der amerikanische und dabei müßte es bleiben. Direktor S a c h s berichtet dann noch über die Ergebnisse der Verhandlungen über die Lohnverhältnisse in den Berliner Gießereien. P.

## Verein deutscher Chemiker.

### Vorstände der Abteilungen 1919.

#### Bezirksverein Hannover.

Prof. Dr. Bodenstein, Vorsitzender; Dr. M. Buchner, Stellvertreter; Dr. Ackermann, Schriftführer; G. Haneccop, Kassenwart; Dr. Lauenstein und Regierungs-Gewerbe-Dr. Voltmer, Beisitzer; Dr. Jordan, Vertreter im Vorstandsrat; Prof. Dr. Bodenstein, Stellvertreter im Vorstandsrat.

#### Rheinisch-Westfälischer Bezirksverein.

Ordentliche Hauptversammlung vom 8./3. 1919.

In der in der Aula der Maschinenbauschule zu Essen abgehaltenen Versammlung wurde nach Erstattung des Jahres- und Rechnungsberichtes dem Vorstände Entlastung erteilt.

Der Vorstand für das neue Vereinsjahr setzt sich durch Neuwahl bzw. Wiederwahl wie folgt zusammen: Fabrikdirektor Dr. Franz Wolf, Bochum, 1. Vorsitzender; Dr. Karl Müller, Essen, stellvertretender Vorsitzender; Dr. L. Ebel, Duisburg-Wahnheimerort, Kassenwart; Dr. P. Güttes, Bochum 5, 1. Schriftführer; Dr. G. Heimsoth, Dortmund, 2. Schriftführer; Abgeordneter zum Vorstandsrat: Dr. Wolf; Stellvertreter zum Vorstandsrat: Dr. Ebel.

Eine eingehende Erörterung erstreckte sich auf die Umgestaltung der Organisation des Hauptvereins, wie solche durch das Referat Dr. Evers (Angew. Chem. 32, II, 88 [1919]) und den Artikel von Dr. Jander (Angew. Chem. 32,

II, 96 [1919]) angeregt worden ist. Mit voller Einmütigkeit kam die Stimmung unseres Bezirksvereins dahin zum Ausdruck, daß den Zeitverhältnissen auch im Verein Deutscher Chemiker Rechnung getragen werden müßte, vor allem sei den Angestellten eine größere Machtfülle als bisher an der Leitung des Hauptvereins einzuräumen; dann bedürften die Satzungen wesentlicher Abänderungen. Es wurde eine Kommission aus je 2 Mitgliedern der vier Ortsgruppen und dem Bezirksvereins-Vorsitzenden gewählt, die mit möglichst Beschleunigung die diesen Zwecken dienlichen Vorberatungen pflegen und entsprechende Vorschläge dem Bezirksverein unterbreiten soll. Ein Antrag der Ortsgruppe Bochum, welcher den Vorstand des Hauptvereins aus 7 Angestellten, 2 Arbeitgebern der Großindustrie, 2 Arbeitgebern der Kleinindustrie, 2 Hochschul- oder Akademieprofessoren zusammengesetzt wissen will, überwies man der Kommission als Material.

Es wurde weiterhin beschlossen, eine Summe bis zu 800 M für Vorträge in Bezirksvereinen, ferner 150 M für die „Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlich-technischer Bildung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk“ sowie 500 M zum Neudruck des Mitgliederverzeichnisses auszuwerfen. Endlich wurde den Ortsgruppen der korporative Beitritt zum Reichsausschuß der akademischen Berufsstände empfohlen, während der Eintritt in den Bund technischer Berufsstände den einzelnen Mitgliedern sehr nahe gelegt wird.

Der Vorstand:

I. A.

Dr. Wolf, Vorsitzender. Dr. Güttes, 1. Schriftführer.